

LEGITIMITÄTS- STATT GOVERNANCE- TRANSFER?

Regionale Organisationen autoritärer Re- gime am Beispiel der Shanghaier Organisa- tionen für Zusammenarbeit in Zentralasien

Sebastian Schneider

April 2013

Berliner Arbeitspapier zur Europäischen Integration Nr. 19

Berlin Working Paper on European Integration No. 19

Inhaltsverzeichnis / Content

1.	Einleitung	5
2.	Einordnung in die Debatte	8
	2.1 <i>Alter und Neuer Regionalismus</i>	8
	2.2 <i>Autoritäre Regime</i>	8
	2.3 <i>Zentralasien</i>	9
3.	Governance-Transfer als Phänomen des Regionalismus	10
4.	Legitimitäts- statt Governance-Transfer	11
5.	Die SCO im Überblick	16
	5.1 <i>Fallauswahl</i>	17
	5.2 <i>Historischer Abriss</i>	19
	5.3 <i>Institutionen</i>	19
	5.4 <i>Wissenschaftliche Deutung der SCO</i>	21
	5.5 <i>Governance-Transfer innerhalb der SCO</i>	22
	5.6 <i>Konditionalität</i>	23
6.	Dokumentenanalyse	24
	6.1 <i>Staatliches Handeln: Die Anti-Terror-Konvention</i>	23
	6.2 <i>Staatliches Handeln: Die SCO und andere internationale Organisationen</i>	28
	6.3 <i>Autoritäre Regime: Beschreibung der nationalen Regierungssysteme</i>	31
	6.4 <i>Autoritäre Regime: Wahlbeobachtermissionen</i>	32
	6.5 <i>Zusammenfassung</i>	36
7.	Fazit	37
8.	Literatur	40

Die Berliner Arbeitspapiere zur Europäischen Integration werden von Prof. Dr. Tanja A. Börzel, Jean Monnet Lehrstuhl für Europäische Integration und Leiterin der Arbeitsstelle Europäische Integration am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin, veröffentlicht. Die Arbeitspapiere sind auf der gemeinsamen Internetseite von Jean Monnet Lehrstuhl und Arbeitsstelle verfügbar: <http://www.fu-berlin.de/europa>

The Berlin Working Papers on European Integration are published by Prof. Dr. Tanja A. Börzel, Jean Monnet Chair for European Integration and Director of the Centre for European Integration of the Otto Suhr Institute for Political Science at the Freie Universität Berlin. The Working Papers are available on the joint website of the Jean Monnet Chair and the Centre: <http://www.fu-berlin.de/europa>

Der Autor / The Author

Sebastian Schneider studiert Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin und arbeitet als studentische Hilfskraft an der Arbeitsstelle Internationale Politische Ökonomie.

Sebastian Schneider is a student of Political Science at the Otto Suhr Institute of Political Science, Freie Universität Berlin. He also works as a student assistant at the Center for International Political Economy.

Abstract

Die Europäische Union (EU) dient Teilen der Regionalismus- und Integrationsforschung immer noch als wichtiges Idealbild. Die zunehmende Integration ihrer Mitgliedsstaaten und die demokratische Agenda der Europäischen Union haben den Blick auch auf andere Regionalorganisationen geprägt. Dieser Beitrag untersucht die zentralasiatische Regionalorganisation *Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit* (SCO). Einerseits gibt es bisher nur wenige empirische Untersuchungen zu dieser Region und dieser Organisation. Andererseits ist die SCO ein intergouvernementaler Zusammenschluss autoritärer Regime und entspricht damit nicht dem oben genannten Idealbild. Der Beitrag zeigt, wie die Mitgliedsstaaten der SCO diese Regionalorganisation nutzen, um ihr Handeln und ihre Regime nach innen und nach außen zu legitimieren. Durch dieses Vorgehen schaffen es die Mitglieder der SCO, eine Gegenöffentlichkeit zur westlich geprägten Internationalen Gemeinschaft aufzubauen und ihre eigenen Regime zu stabilisieren.

Vorwort / Foreword

Tanja A. Börzel

Dieses *Berliner Arbeitspapier zur Europäischen Integration* ist eines von dreien, die auf der Grundlage von herausragenden Projektkurs-Arbeiten zum Governance-Transfer von Regionalorganisation entstanden sind. Der Projektkurs „Governance Transfer by Regional Organizations“ fand im Wintersemester 2011/2012 und im Sommersemester 2012 unter der Leitung von Tanja A. Börzel und Vera van Hüllen am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft statt. Unter Rückgriff auf den gemeinsam entwickelten konzeptionellen Rahmen leisten Maria Haimerl (Golf-Kooperationsrat), Sebastian Schneider (Shanghai Organisation für Zusammenarbeit) und Lena Wegener (Mercosur) einen Beitrag zur Vergleichenden Regionalismusforschung. Diese Forschungsagenda hat in den letzten Jahren auch im Umfeld des Jean Monnet Lehrstuhls und der Arbeitsstelle Europäische Integration an Bedeutung gewonnen und weist mit ihrem vergleichenden Blick auf regionale Integration weltweit über unsere Erfahrungen mit Europa und der Europäischen Union hinaus. Die drei Arbeiten beleuchten aus unterschiedlicher Perspektive, inwieweit Standardsetzung im Bereich von (Good) Governance auf regionaler Ebene von den Mitgliedstaaten zur Legitimierung ihrer (autoritären) Regime oder auch der Regionalorganisation selbst eingesetzt wird.

This is one of three *Berlin Working Papers on European Integration* that are based on excellent term papers investigating governance transfer by regional organizations. Maria Haimerl (Gulf Cooperation Council), Sebastian Schneider (Shanghai Cooperation Organization), and Lena Wegener (Mercosur) conducted their research during a one-year course at the Otto Suhr Institute for Political Science under the supervision of Tanja A. Börzel and Vera van Hüllen. Drawing on a jointly developed analytical framework, they all contribute to the current research agenda of comparative regionalism which has gained prominence over the past few years. It has also taken root in the context of the Jean Monnet Chair and the Centre for European Integration, challenging students of regional integration to go beyond our experiences with Europe and the European Union. The three papers investigate in how far member states use the reference to (good) governance standards at the regional level as a strategy of legitimation for their (authoritarian) regimes or the regional organizations themselves.

1. Einleitung

In den 50er und 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts nahmen die Vorgängerorganisationen der heutigen EU konkretere Formen an und gewannen, geopolitisch wie auch im wissenschaftlichen Diskurs, an Bedeutung. Große Teile der Regionalismus- und Integrationsforschung gehen auf diese Entwicklung und die damit verbundene Hoffnung auf ein post-nationales und befriedetes Europa zurück (Hettne/Söderbaum 2008: 63). Zumindest teilweise scheint sich dieser Optimismus bis heute bewahrt zu haben. Die jüngere Vergangenheit wird mit einer immer weiter fortschreitenden Demokratisierung assoziiert (Fukuyama 1992; Simmons et al. 2006). Internationalen und regionalen Organisationen wird bei dieser Entwicklung eine zentrale Rolle zugeschrieben (Anderson 1999; Mansfield/Pevehouse 2006). Und auch hier besitzt die EU als Untersuchungsobjekt und Ausgangspunkt besondere Prominenz. Sei es als institutionelles Vorbild für andere Regionalorganisationen (z.B. Jetschke/Murray 2012; Mattli 1999), als „Exporteur“ und globaler Herold der Demokratie (Magnette/Nicolaïdis 2009; Schimmelfennig 2009) oder gar als *normative power* (Manners 2002). Eine Grundannahme in zahlreichen Untersuchungen ist, dass eine solche demokratische, autonom handelnde internationale oder regionale Organisation Defizite in ihren Mitgliedstaaten erkennt und in der Lage ist, diese zu korrigieren (Barnett/Finnemore 2005). Dadurch wurde eine enge Verbindung zwischen neoliberaler Wirtschaftspolitik und Demokratisierung auf der einen Seite und *state building* auf der anderen Seite hergestellt (Jeffrey 2007). Aus dieser Perspektive stabilisieren internationale und regionale Organisationen nicht den *Status quo*. Der Fokus wird vielmehr auf Dynamiken der Veränderung gelegt. Entweder demokratisieren sich bestehende Regime oder es kommt zur Ablösung dieser Regime durch neue, demokratisch legitimierte Regierungen. Zahlreiche größere Regionalorganisationen auch außerhalb von Europa haben Institutionen etabliert, welche solche Veränderungen herbeiführen können (Börzel 2012: 256–257). Dies gilt insbesondere für die Verbreitung sogenannter *Good Governance*, worunter in diesem Zusammenhang vor allem die Anerkennung universeller Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu verstehen ist sowie die friedliche Beilegung internationaler Konflikte (Mkandawire 2007; Nanda 2006; Pevehouse/Russett 2006).

Auch ein Teil der Forschung über autoritäre Regime hat sich darauf konzentriert, Demokratisierungstendenzen zu untersuchen und zu erklären (Lawson 1993; Stacher 2012: 174). Die politische Stabilität entsprechender Regime befindet sich nur selten im Fokus (z.B. Bueno de Mesquita et al. 2003; Wintrobe 1998). Am Ende steht vielmehr

ein positiv gestimmter Ausblick, welcher der Prosperität von Demokratien in der nahen Zukunft gute Chancen attestiert (z.B. Acemoglu/Robinson 2006: 358–360). Und auch ein zunehmend integrierter Welthandel wird mit positiven Aussichten für die Demokratisierung der Welt in Verbindung gebracht (Milner/Kubota 2005).

In den Jahren unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 entsprach die weltweite Entwicklung dieser pro-demokratischen Erwartungshaltung durchaus und die Zahl demokratischer Staaten (nach westlichem Verständnis) nahm stetig zu. Seit 2005 ist deren Trend jedoch wieder rückläufig und auch der sogenannte *Arabische Frühling*, auf dem große Demokratisierungshoffnungen ruhten, konnte dieser Entwicklung nichts entgegensetzen (Stacher 2012: 28).

Dieser Befund kann als Anhaltspunkt dienen, die beschriebene normative Ausrichtung der Regionalismusforschung zumindest zu Teilen kritisch zu hinterfragen. Gibt es Regionalorganisationen, welche eben nicht demokratisierend wirken, sondern autokratische Regime vielmehr stabilisieren? Und wenn ja, wie funktionieren diese?

Anhand der SCO soll gezeigt werden, dass nicht alle Regionalorganisationen dem demokratisch-liberalen Idealbild entsprechen. Die SCO besteht in ihrer heutigen Form seit 2005. Mitgliedsstaaten sind China, Kasachstan, Kirgisistan, Russland, Tadschikistan und Usbekistan. Die Untersuchung der SCO zeigt vielmehr, dass diese dazu dient, die autokratischen Regime ihrer Mitgliedsstaaten zu stabilisieren. Die SCO legitimiert dabei einerseits das staatliche Handeln ihrer Mitglieder und andererseits die Regime selbst. Staatliches Handeln wird vor allem im Rahmen der Terrorismusbekämpfung legitimiert. Die SCO liefert eigene Definitionen und Deutungen der Bedrohung durch Terrorismus für die Stabilität und Sicherheit der Region Zentralasien. Diese sind so interpretierbar, dass beinahe jegliches staatliches Handeln in diesem Bereich als legitim betrachtet werden kann. Da der Kampf gegen den Terrorismus außerdem eine Aufgabe der internationalen Staatengemeinschaft ist, ist die SCO in der Lage, das Vorgehen seiner Mitgliedsstaaten auch auf der internationalen Ebene stärker zu legitimieren.

Auch die Regime selbst werden auf nationaler wie auf internationaler Ebene legitimiert. Auf nationaler Ebene schickt die SCO beispielsweise eigene Wahlbeobachtermissionen in die Mitgliedsstaaten, um so die dortigen, von westlichen Beobachtermissionen kritisierten, Wahlen ebenfalls zu überprüfen und für regelkonform zu erachten und somit eine Gegenöffentlichkeit zur westlichen Staatengemeinschaft herzustellen. Auf internationaler Ebene wiederum kritisieren die SCO und ihrer Mitglieder immer wieder die aus ihrer Sicht undemokratische und einseitige Struktur des internationalen Sys-

tems und behaupten ihrerseits ein demokratisches internationales System zu propagieren. Auf diese Weise legitimiert die SCO einerseits die Regime ihrer Mitgliedsstaaten, andererseits delegitimiert sie so teilweise das bestehende internationale System.

Diese Arbeit zeigt damit, dass sich die Regionalismusforschung auch nicht-demokratischen Staaten und Regionalorganisation gegenüber stärker öffnen muss, um Phänomene wie die SCO adäquat beschreiben und interpretieren zu können. Zudem zeigt sich, dass auch bisher eher vernachlässigte Regionen wie Zentralasien nicht nur wegen ihrer geopolitischen Bedeutung ergiebige Forschungsobjekte darstellen.

Dieser Beitrag gliedert sich dabei wie folgt: Teil zwei ordnet das Forschungsvorhaben ausführlicher in den Kontext der Regionalismusforschung ein. Die Debatte zwischen *altem* und *neuem* Regionalismus wird kurz vorgestellt, um diese Untersuchung entsprechend einordnen und später besser bewerten zu können. Dazu wird ein kurzer Überblick über den Stand der Forschung zu autoritären Regimen und der Region Zentralasien gegeben. Teil drei stellt die Perspektive des Governance-Transfers vor. Dieses Konzept wird in erster Linie dazu verwendet, Regionalorganisationen zu untersuchen, welche den Anspruch erheben, Institutionen in ihren Mitgliedstaaten verändern zu können. Wie bereits erwähnt entspricht dies einem verbreiteten normativen Idealbild von demokratisierenden Regionalorganisationen. Darauf folgt die Entwicklung des hier angewandten theoretischen Rahmens (Teil vier). Dieser nimmt das Konzept des Governance-Transfers auf und wendet es auf die regimestabilisierende Wirkung regionaler Organisationen an. Zentral hierfür ist es herauszuarbeiten, welche Motivation autoritäre Regime haben, regionalen Organisationen beizutreten, welche Auswirkungen diese Motivation auf den institutionellen Rahmen von Regionalorganisationen hat und wie autokratische Staaten diesen nutzen, um sich und ihr Handeln auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene zu legitimieren. In den Teilen fünf und sechs wird die detaillierte Fallstudie zur SCO vorgestellt: Die zentralasiatische Regionalorganisation bildet sich aus sechs autoritären Regimen. Sie ist also zumindest dafür geeignet, den theoretischen Rahmen aus Teil vier einer Plausibilitätsprüfung zu unterziehen. Hierfür werden vor allem offizielle Dokumente und Verlautbarungen der Organisation herangezogen. Teil fünf stellt die Regionalorganisation im Allgemeinen vor, Teil sechs konzentriert sich auf die Aktivitäten der SCO und ihrer Mitgliedsstaaten. Der letzte Teil ordnet die Ergebnisse in den breiteren Forschungszusammenhang ein, fasst zusammen und liefert einen Ausblick auf weitere Anwendungsfälle.

2. Einordnung in die Debatte

Drei Aspekte dieser Arbeit gilt es an dieser Stelle kurz in die jeweilige wissenschaftliche Debatte einzuordnen: Regionen, autoritäre Regime und Zentralasien als Objekte der wissenschaftlichen Auseinandersetzung.

2.1 Alter und Neuer Regionalismus

Es gibt zahlreiche unterschiedliche Strömungen und Schwerpunkte der Regionalismusforschung (hierzu ausführlich Mansfield/Milner 1999; Sbragia 2008). In der wissenschaftlichen Literatur ist dabei die Unterscheidung zwischen *altem* und *neuem* Regionalismus weit verbreitet.

Die EU und die ihr vorangegangenen Organisationen waren und sind immer wieder Ausgangs- und Schwerpunkt der Untersuchung von Regionen und regionalen Organisationen. Dabei standen zunächst Theorien im Vordergrund, welche die Mitgliedsstaaten regionaler Organisationen als wesentliche Akteure betrachteten. Diese Theorien versuchten die Motivation dieser Staaten zu ergründen, eine solche Organisation überhaupt zu bilden. Diesem, meist ökonomisch geprägten, *alten* Regionalismus wurde allerdings vorgeworfen, zu sehr auf Europa und die EU fokussiert zu sein (Rosamond 2008). Im Gegensatz hierzu entwickelte sich ein sogenannter *neuer* Regionalismus, welcher eher konstruktivistische Ansätze verfolgt. Regionen werden nicht als gegebene geographische Kennzahlen hingenommen, sondern vielmehr als sozial konstruiert. Das Untersuchungsobjekt *Region* wurde diversifiziert, ebenso wie mögliche Erklärungs- und Forschungsansätze und in Frage kommende Akteure (Fawn 2009).

Im Rahmen dieser Arbeit sind Staaten die zentralen Akteure. Dennoch geht es auch darum, wie Begriffe wie *Demokratie* und *Menschenrechte* sozial konstruiert werden und, je nach Betrachtungsweise, von verschiedenen Akteuren unterschiedlich interpretiert werden. Es spielen also Aspekte des *alten* und des *neuen* Regionalismus eine Rolle.

2.2 Autoritäre Regime

Ein weiterer Aspekt des Vorwurfs des Eurozentrismus ist, dass nicht-demokratische Staaten, welche keine rein marktwirtschaftlich organisierte Wirtschaftsordnung besit-

zen, häufig geringere Beachtung finden (Ayoob 1989; Börzel 2012: 259). Oder sie werden vordergründig im Kontext der Entwicklungshilfe und von Abhängigkeitsverhältnissen betrachtet (Ayoob 1992: 63). Regionale Organisationen wird dann oftmals attestiert in der Lage zu sein, in den jeweiligen Ländern vorherrschende *Mängel* zu beseitigen und einen entsprechenden institutionellen Wandel herbeizuführen. Nur wenige Autoren beschäftigen sich mit der Motivation autoritärer Staaten regionalen Organisationen beizutreten und diese zu gestalten. Eine Ausnahme ist Fredrik Söderbaum. Er beschreibt, wie autoritäre Herrscher in Afrika ihre Mitgliedschaft in regionalen Organisationen nutzen, um die Souveränität ihres Staates und ihren eigenen Herrschaftsanspruch zu untermauern (Söderbaum 2004: 425–428). Aus Sicht der westlichen Regionalismusforschung und auch aus Sicht Söderbaums ist diese Art regionaler Organisationen fehlerbehaftet, da sie den Machterhalt autoritärer Regime begünstigen (Collins 2009: 265).

Hier lässt die wissenschaftliche Debatte also noch zahlreiche Möglichkeiten zu, von autoritären Regimen dominierte Regionalorganisationen einzubeziehen und zu untersuchen. Auch wenn diese Funktionsweise normativ gesehen nicht erwünscht sein mag, ist es dennoch lohnenswert, die dabei wirkenden Mechanismen zu untersuchen und zu verstehen

2.3 Zentralasien

Zentralasien als Region fand in der Literatur bisher nur geringe Beachtung. Im Rahmen der Regionalismusforschung wurde diese geographische Region häufig nur gestreift, wenn es um das aus verschiedenen Gründen deutlich stärker im Fokus stehende Südostasien ging (Acharya 2009: 177; Dent 2008; Katzenstein 2005: 234 f). Größere Aufmerksamkeit wurde Zentralasien nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 und dem darauf folgenden Krieg in Afghanistan zuteil. Ab diesem Zeitpunkt nahmen politische Akteure in den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) und der EU sowie wissenschaftliche Autoren die Region verstärkt wahr. Einerseits hatte die Region plötzlich an geostrategischer Bedeutung gewonnen. Zusätzlich wurden auch die dort vorhandenen Bodenschätze zunehmend interessant (Bakshi 2002; Melvin 2008; Melvin/Boonstra 2008).

Aber auch ein Großteil der aus dieser Auseinandersetzung entstandenen Literatur ist normativ geprägt. Solche regionale politische Initiativen wurden als gescheitert, virtuell oder fehlerhaft bezeichnet, da sie entweder dem durch die EU geprägten Integrations-

modell nicht entsprachen (Collins 2009; Wirminghaus 2012) oder die Demokratisierungsbemühungen der EU in dieser Region bisher nur geringe Erfolge aufweisen konnten (vgl. Bossuyt 2011; Cooley 2008; Zhovtis 2008).

Diese Arbeit nimmt Teile aller der drei kurz skizzierten Debatten auf. Entgegen der dargestellten normativen Perspektiven soll jedoch versucht werden, sich einerseits den Gegebenheiten Zentralasiens vorurteilsfrei zu nähern. Und andererseits soll dargestellt werden, dass auch Regionalorganisationen, welche dem integrativen und demokratisierenden Idealbild der EU nicht entsprechen, für ihre Mitglieder einen *Nutzen* haben können. Auch wenn dieser aus westlicher Perspektive kein erstrebenswerter ist.

3. Governance-Transfer als Phänomen des Regionalismus

Theoretischer Ausgangspunkt dieser Arbeit ist die Perspektive des Governance-Transfer. Börzel et al. (2013) bieten die wesentliche Definition dieses Begriffes: Wenn eine Regionalorganisation als Akteur auftritt und aktiv den Aufbau oder die Veränderung von Governance-Institutionen in ihren Mitgliedsstaaten fordert, wird von Governance-Transfer gesprochen. Governance-Institutionen sind dabei relativ weit definiert und umfassen verbindliche Normen, Handlungsregeln und Verfahrensweisen zur Bereitstellung öffentlicher Güter (Börzel et al. 2013: 6).

Diese Perspektive bezieht sich auch auf die bereits genannten Anwendungsbeispiele *starker* Regionalorganisationen, welche einen hohen Institutionalierungsgrad aufweisen und deren Mitgliedsstaaten Teile ihrer Souveränität an die regionale Organisation abgegeben haben oder mit ihr teilen. Die Perspektive des Governance-Transfers kann in die Literatur über Diffusions- und Lernmechanismen in der Politik eingeordnet werden. Diese Literatur untersucht Anwendungsfälle, in denen politische Akteure politische oder administrative Prozesse, Institutionen oder andere politische Inhalte von anderen (politischen) Akteuren übernehmen. Die dabei wirkenden Mechanismen können nach dem Grad ihrer Verbindlichkeit unterschieden werden, von freiwilligem Lernen zu erzwungenen Veränderungen (Dolowitz/Marsh 2000; Lütz 2007; Shipan/Volden 2008).

Dieser Beitrag wendet diese Grundidee des *Transfers* auf eine Regionalorganisation an, welche eher schwach institutionalisiert ist. Governance-Transfer ist in der oben gegebenen Form eher nicht zu erwarten. Daher wird Governance-Transfer als ein Aspekt des gerade beschriebenen Kontinuums der Verbindlichkeit verstanden, auf welchem unterschiedliche Formen der Übertragung und Übernahme von verschiedenen

Politiken abgebildet werden. Governance-Transfer stellt eine Einschränkung der Handlungsmöglichkeiten des Mitgliedsstaates dar. Wenn eine Regionalorganisation von ihren Mitgliedsstaaten fordert, eine bestimmte Institution einzurichten oder zu verändern oder eine gewisse politische Entscheidung zu treffen und diese durch supranationale Institutionen auch durchsetzen kann, beschneidet dies die Entscheidungsmöglichkeiten der betroffenen Regierungen. Im Extremfall können betroffene Regierungen, vereinfacht gesagt, keine eigene politische Entscheidung treffen, sondern bekommen diese von einer übergeordneten Instanz vorgeschrieben.

Auch diese Analyseperspektive entspricht also den bereits dargestellten, teilweise normativ geprägten, Theorien und Betrachtungsweisen regionaler Organisationen. Wie lassen sich jedoch regionale Organisationen einordnen, die diesen Annahmen nicht entsprechen? Ist eine solche Regionalorganisation mit schwachen eigenen Institutionen als fehlerhaft zu erachten? Was passiert in einer regionalen Organisation, die zwar über eigene Institutionen verfügt, auf ihre Mitgliedstaaten jedoch keinen Einfluss ausüben kann? Mit diesen Fragen im Hinterkopf wird im nun folgenden Teil der theoretische Rahmen dieser Arbeit ausführlich dargestellt.

4. Legitimitäts- statt Governance-Transfer

Diese Arbeit betrachtet, wie erwähnt, Staaten als zentrale Akteure im internationalen System. Das bedeutet, dass der wesentliche Akteur die jeweilige Regierung eines Staates ist. Diese verfolgt eigene Interessen. Dies gilt auch für regionale Organisationen. Staaten gründen und sind Mitglied von internationalen und regionalen Organisationen, weil diese für sie einen gewissen Nutzen haben und eine bestimmte Aufgabe erfüllen (Abbott/Snidal 1998). Abhängig davon, welche Interessen Regierungen verfolgen, entscheiden sie sich für ein entsprechendes institutionelles Design, welches diesen Interessen am ehesten entspricht. Also entweder eine stark institutionalisierte Regionalorganisation mit weitreichenden Möglichkeiten zu agieren oder eine eher schwach institutionalisierte Regionalorganisation, welche dem direkten Einfluss der Regierungen ihrer Mitgliedsstaaten unterliegt. So können sie von den ökonomischen Vorteilen regionaler Integration profitieren, ohne staatliche Souveränität aufgeben zu müssen und dadurch den Fortbestand ihres Regimes zu gefährden (Sbragia 2002: 251).

Weiterhin geht diese Arbeit davon aus, dass die jeweilige Staatsform eines Landes direkte Auswirkungen auf seine Interessen im Umgang mit Regionalorganisationen hat. So verfolgen autoritäre Regierungen andere Interessen als etablierte Demokratien. Zudem basieren autoritäre Regime auf speziellen Institutionen, durch welche sie sich ihre Macht erhalten und diese gegebenenfalls sogar ausbauen (zu den ehemaligen Staaten der Sowjetunion: Acemoglu/Robinson 2012: 390–403; Brownlee 2007; Perlmutter 1981).

Regierungen in etablierten Demokratien nutzen internationale oder regionale Organisationen, um ihre Handlungsautonomie gegenüber nationalen Parlamenten zu erhöhen. Dies erreichen sie, indem sie durch die Mitgliedschaft in einer Regionalorganisation die Voraussetzungen für sogenannte *Zwei-Ebenen-Spiele* schaffen (Drezner 2003; Putnam 1988). Regierungen führen gegenüber nationalstaatlichen Akteuren an, unter internationalem Druck zu stehen, um so Zustimmung für eigene politische Projekte zu erhalten. Umgekehrt nutzen Regierungen die Interessen nationalstaatlicher Akteure und den von ihnen ausgehenden Druck als Argument, um auf internationaler Ebene die eigenen Interessen durchzusetzen (Moravcsik 1998).

Junge Demokratien hingegen, die sich in einer Übergangsphase befinden, nutzen sogenannte *Lock-in Effekte*, um demokratische Reformen in ihrem Land nachhaltig abzusichern (Moravcsik 2000; Pevehouse 2003). Durch die Mitgliedschaft und die daraus erwachsenden institutionellen Zwänge in internationalen und regionalen Organisationen verpflichten demokratisierende Regierungen perspektivisch auch ihre Nachfolger dazu, sich zu diesen Reformen zu bekennen. So können diese Reformen später nicht mehr oder nur unter großem Aufwand zurückgenommen werden.

Autokratische Regime haben als vorrangiges Ziel den Erhalt der eigenen Herrschaft. Autokratische Herrscher verfügen über eine nur geringe demokratische Legitimität, ihr Herrschaftsanspruch ist daher tendenziell bedroht. Aus diesem Grund ist es in ihrem Interesse, dieser Bedrohung entgegenzuwirken oder aber die Legitimität ihrer Herrschaft zu erhöhen, ohne dabei Einschränkungen ihrer Herrschaftstätigkeit hinnehmen zu müssen (Kahler 2000: 561). Diese Verteidigungshaltung wird vor allem gegenüber internationalem Druck durch demokratische Mächte wie den USA oder Europa eingenommen. Ein autoritär organisierter Staat kann also die Anerkennung innerhalb internationaler und regionaler Organisationen dafür nutzen, die eigene Legitimität nach innen und außen zu erhöhen oder sich zumindest Handlungsspielräume durch die „taktische“ Anerkennung internationaler Regelungen verschaffen (Acharya 1992; Börzel/Risse 2002: 174; Holbig 2011). Aus dieser Perspektive hat die Staatsform nicht

nur Auswirkungen darauf, *ob* die Staaten sich zu einer internationalen oder regionalen Organisation zusammenschließen (Lai/Reiter 2000), sondern auch darauf, welche Ziele und Institutionen in dieser Organisation vorzufinden sind (Acharya/Johnston 2007; Acharya 2009: 146).

Dieser Erklärungsansatz ist jedoch noch zu allgemein gehalten. Würde er alleine zutreffen, würde das bedeuten, dass autokratische Systeme die beschriebenen Möglichkeiten zum Machterhalt auch schon in der Vergangenheit besaßen. Dies wird aber durch bereits beschriebene Demokratisierungstendenzen besonders nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion deutlich widerlegt. An diesem Punkt stellt sich daher zusätzlich die Frage, warum und wie der Widerstand gegen Demokratisierung gerade jetzt zunehmend erfolgreich ist. Warum sollten autokratische Regime nun regionale Organisationen nutzen können, um ihre Herrschaft zu stabilisieren und sich (auch international) Legitimität zu verschaffen?

Einen Teil dieser Erklärung findet man in der Struktur des internationalen Systems. Der eingangs beschriebene normative Schwerpunkt der Regionalismus- und Demokratieforschung ist auch darauf zurückzuführen, dass er, zumindest teilweise, seine empirische Entsprechung in den Gegebenheiten des internationalen Systems fand. Die USA hatten es im bipolaren System nach dem zweiten Weltkrieg geschafft, als legitime Schutzmacht von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten Anerkennung zu finden (Finnemore 2009: 84). Die Ideen von *Good Governance*, freier Marktwirtschaft und universellen Menschenrechten fanden spätestens nach dem Ende des Kalten Krieges fast globale Verbreitung und Anerkennung sowie Entsprechung in internationalen Institutionen und Organisationen (Ikenberry 2008a, 2008b: 114). Die Entwicklung der EU zum wirtschaftlichen und politischen Erfolgsmodell und die herausragende politische und wirtschaftliche Stellung der USA ließen die Verbreitung zudem legitim und dem Zeitgeist entsprechend erscheinen. Anfang der 90er Jahre hatten die USA ihren weltpolitischen Gegenspieler verloren und konnten nun als Hegemon in einem unipolaren internationalen System agieren.

Seit dem Ende der Sowjetunion ist der wirtschaftliche Erfolg und Aufstieg Chinas die wohl größte Herausforderung für diese Hegemonie. China ist nicht nur die zweitgrößte Wirtschaftsmacht weltweit geworden, sondern versucht darüber hinaus zunehmend, diese wirtschaftliche Stärke auch in eine finanzielle (Cohen 2012) und politische Stärke sowie in ein entsprechendes Mitspracherecht auf der internationalen Ebene umzumünzen.

Jedoch drückt sich diese neu gewonnene Macht nicht nur durch ein Mitspracherecht in internationalen Organisationen aus. Vielmehr kann sie sich auch in einer Herrschaft über Ideen und Werte ausdrücken. Dabei geht es vorrangig um die Ideen (und die Deutungshoheit über diese), durch welche das internationale System bestimmt wird und zudem um diejenigen Ideen, die festlegen, welche nationale Staatsorganisation als legitim und richtig aufgefasst wird. Diese Deutungshoheit lag, wie schon erwähnt, in den letzten 20 Jahren vor allem bei den USA und ihren Verbündeten. Ausdruck dessen waren internationale und regionale Organisationen, die von diesem Staatenkreis dominiert waren und westliche Werte wie freie Marktwirtschaft, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit propagierten. Die Möglichkeit, diesen Wertekonsens auch auf globaler Ebene herausfordern zu können ist besonders in Phasen hegemonialer Schwäche oder Schwächung gegeben (Ikenberry/Kupchan 1990). Diese westliche Dominanz ist nun im Umbruch begriffen und wird besonders vom stark wachsenden Wirtschaftsraum Asien und dessen prominentesten Akteur, China, herausgefordert. Diese Länder bringen nun auch eigene Werte, Normen und Ideen über Legitimität, Wirtschafts- und Staatsorganisation mit (Katzenstein 2012).

Diese Werte unterscheiden sich wesentlich von den zuvor propagierten Werten westlicher Industriestaaten: einerseits in Bezug auf die Ausgestaltung von Menschenrechten, Demokratie und Marktwirtschaft (Beeson 2009; Stokke 2000) und andererseits hinsichtlich der Gestaltung und Organisation des internationalen Systems und der Bedeutung staatlicher Souveränität (Ayoob 2002: 99). Dies ist wenig überraschend, angesichts der Einordnung vieler dieser Länder, allen voran Chinas, als autoritäres Regime. Die Hoffnung der westlichen Welt, dass eine verstärkte wirtschaftliche Integration auch eine verstärkte Öffnung und Demokratisierung dieser Gesellschaften zur Folge haben würde, hat sich nicht bestätigt (Casarini 2009: 166). Zudem entspricht die Wirtschaftsordnung in China und in zahlreichen anderen asiatischen Ländern nicht dem Ideal der (westlichen) freien und/oder sozialen Marktwirtschaft.

Hinzu kommt, dass große Teile der immer knapper werdenden fossilen Rohstoffe im Herrschaftsbereich autokratischer Staaten zu finden sind, was nicht selten Auswirkung auf die internationale Stellung dieser, vor allem zentralasiatischer, Länder hat. Zeitgleich haben die USA, die EU und speziell die von diesen Akteuren dominierten internationalen (Finanz-)Institutionen in den sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländern an Glaubwürdigkeit verloren (Bullard et al. 1998; Stiglitz 2002). Verstärkt wurde diese Entwicklung durch die Finanzkrise seit 2007, welche ihren Ursprung in den USA hatte. Die Entwicklungs- und Schwellenländer hatten hiervon bisher weniger schwer-

wiegende Konsequenzen zu tragen als die Industriestaaten selbst (Gnath/Schmucker 2012: 679). Daher ist es auch nicht überraschend, dass es einen globalen Dissens über die notwendigen Maßnahmen zur Lösung dieser Krise gibt (Schmucker/Gnath 2011: 402). Darüber hinaus offenbarte sich, dass das Institutionengefüge der EU die Staatsschuldenkrise mitverursacht hat, wodurch ihre Funktion als Vorbild für regionale Integration in Mitleidenschaft gezogen wurde (Bruni 2011: 10). Zwar wird die EU in wichtigen, nicht-westlichen Volkswirtschaften wie Russland und besonders China dafür geschätzt, dass sie multilaterale internationale Institutionen propagiert und sich kooperativer als die USA zeigt. Allerdings wird die EU auch kritisch gesehen, da sie versuche anderen Ländern ihre Werte aufzuzwingen. Gleichzeitig wird sie von den politischen Eliten und in der öffentlichen Meinung der genannten Länder als eher schwacher politischer globaler Akteur, jenseits ihrer wirtschaftlichen Stärke, wahrgenommen (Morini et al. 2010).

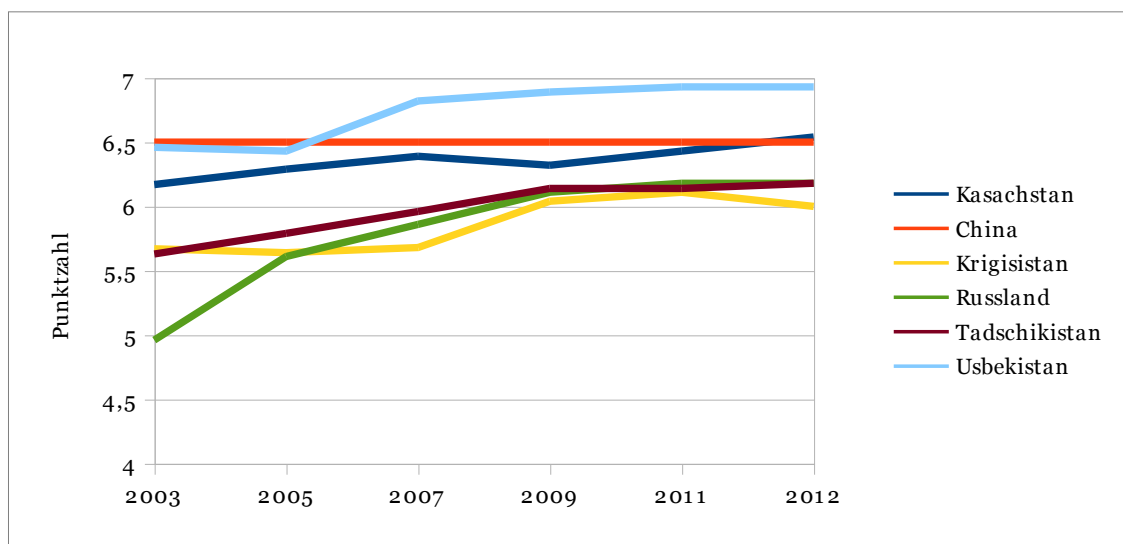
Mit den beschriebenen Veränderungen können nun vom *ehemaligen* globalen Konsens abweichende Ideen über die Organisation von Volkswirtschaften und Staaten nicht nur behauptet werden, sondern auch verbreitet und eigene Wertevorstellungen in das globale (Wirtschafts-)System eingebracht werden (Mistral 2011: 43). Da *Good Governance* und ähnliche Ideen besonders effektiv über internationale und regionale Organisationen verbreitet wurden, ist zu erwarten, dass diese auch zukünftig dazu dienen werden, diese Ideen herauszufordern und zu ersetzen.

Die Veränderung der globalen Machtverhältnisse und die Abschwächung der (normativen und ideellen) westlichen Hegemonie ermöglicht es autoritären Herrschern, sich stärker von externem Druck zu befreien und ihre eigenen Regime abzusichern und zu verteidigen (Levitsky/Way 2010: 363–364).

Ob dieser Zusammenhang schlüssig und plausibel ist, soll nun im folgenden Teil dieser Forschungsarbeit erkundet werden. Genauer betrachtet wird dafür eine von autoritären Staaten geprägte Regionalorganisation, die SCO. Dabei sollen drei Fragen beantwortet werden: Spielt der Transfer von Legitimität in einer solchen Regionalorganisation überhaupt eine Rolle? Auf welche Art und Weise geschieht dieser Legitimitäts-Transfer gegebenenfalls? Wie können die entsprechenden Beobachtungen interpretiert werden?

Nicht zu vergessen ist dabei, dass auch das in diesem Rahmen propagierte Konzept der Demokratie westlicher Herkunft ist. In der dazugehörigen Literatur wurden mal mehr, mal weniger klare Regeln und Kriterien entwickelt, denen eine Demokratie (nach westlichem Vorbild) zu entsprechen hat (z.B. Dahl 1989; Schmitter/Karl 1991). Um die

Staatsformen der Mitgliedsstaaten der SCO entsprechend einordnen zu können, greift diese Arbeit auf den Index *Freedom in the World* der Nichtregierungsorganisation Freedom House zurück. Freedom House beurteilt, welche bürgerlichen Freiheiten und politischen Rechte die Bürger eines Landes ausüben können und vergibt hierfür Punkte von eins bis sieben. Je niedriger die Punktzahl, als desto freier gilt das Land. Schaubild 1 *Demokratiescore der SCO-Mitglieder* gibt einen Überblick über die Punktzahlen der sechs Mitgliedsstaaten seit dem Jahr 2003, um die Entwicklung vor und seit Gründung der SCO nachzeichnen zu können. Dem Index zufolge hat sich die politische Situation in allen sechs Ländern mindestens nicht verbessert, teilweise sogar verschlechtert. Alle Länder werden durchgehend als *unfrei* beziehungsweise *konsolidierte autoritäre Regime* bezeichnet (Freedom House 2012a; 2012b).



Quelle: Freedom House 2012a; 2012b.

5. Die SCO im Überblick

Die Fallauswahl der SCO als Untersuchungsobjekt wird im weiteren Text begründet. Daran anschließend wird die SCO, ihre Geschichte, ihre Institutionen sowie ihre Tätigkeit detailliert vorgestellt.

5.1 Fallauswahl

Die SCO wurde aus mehreren Gründen für diese Forschungsarbeit ausgewählt. Zwei Gründe sind dabei zentral: Erstens, die geopolitische Relevanz (siehe Tabelle 1 *Daten ausgewählter Staaten*) sowie, zweitens, die autokratische Staatsform (siehe Schaubild 1 *Demokratiscore der SCO-Mitglieder*) ihrer sechs Mitgliedsstaaten. Die sechs Mitgliedsstaaten der SCO sind Kasachstan, China, Kirgisistan, Russland, Tadschikistan und Usbekistan. Über einen sogenannten Beobachterstatus verfügen Indien, Iran, Pakistan und die Mongolei. Zudem werden Weißrussland und Sri Lanka als Dialogpartner bezeichnet. Mit Russland (Platz 6) und China (Platz 2) gehören zwei der zehn weltweit größten Wirtschaftsmächte direkt der SCO an, das Beobachterland Indien (Platz 3) ist ebenfalls in dieser Liste zu finden (Central Intelligence Agency 2013). Vor allem China und Indien kann eine in Zukunft noch bedeutendere wirtschaftliche Rolle in der Welt prognostiziert werden. Beide Länder erreichten in den letzten Jahren enorme Wachstumszahlen ihres Bruttoinlandsprodukts. Durch ihre Mitglieds- bzw. Beobachterstaaten vertritt die SCO circa 22% bzw. 44% der Weltbevölkerung. Zudem verfügen die Mitgliedsstaaten über „21,4% der weltweit geschätzten Erdöl und 45% aller natürlichen Gasvorkommen“ (Geppert 2010: 4) und umfassen damit einen der wichtigsten Rohstoffräume weltweit. Diese ökonomische Bedeutung der zentralasiatischen Staaten wird ergänzt durch eine geostrategische, welche sie vor allem im Rahmen des sogenannten *Krieges gegen den Terror* gewannen. Besonders die geographische Nähe zum Kriegsschauplatz Afghanistan ist hier von Bedeutung (u.a. Aris 2009; Tolipov 2006).

Tabelle 1: Daten ausgewählter Staaten¹

Land	Bevölkerung (in Mio., 2012)	BIP (Kaufkraftparität, Mrd. \$, 2012)	BIP (durchschn. Wachstum, 2008-2012)
China	1.350,4	12.382,6	9,3%
Kasachstan	16,8	232,4	4,9%
Kirgisistan	5,7	13,5	3,3%
Russland	143,2	2.511,7	2,0%
Tadschikistan	7,1	5,6	6,5%
Usbekistan	29,8	39,0	8,3%
gesamt	1.553,0		
Indien	1.259,7	4.170,8	6,9%
Iran	78,9	997,4	2,3%
Mongolei	2,9	15,2	8,8%
Pakistan	180,4	514,6	3,1%
gesamt	3.074,9		
Sri Lanka	21,2	126,2	6,5%
Weißrussland	9,5	150,3	5,6%
gesamt	3.105,6		
Welt	7.058	82.762,2	2,9%

Angesichts dieser Zahlen überrascht es nicht, dass sich besonders China und Russland nicht ganz ohne Skepsis begegnen. China strebt danach, auch innerhalb der SCO seine wirtschaftliche Vormachtstellung auszubauen und versuchte dies beispielsweise dadurch zu erreichen, indem es vorschlug, eine entsprechende Freihandelszone einzurichten. Zudem hat das rohstoffhungrige China großes Interesse an den Ressourcen der zentralasiatischen Länder. Russland hingegen ist selbst ausreichend mit Ressourcen ausgestattet und hat vielmehr das Interesse, Chinas Wirtschaftsmacht auszubalancieren und dem Land weiterhin auf Augenhöhe zu begegnen (Godehardt/Krahl 2010). Russland hat außerdem ein traditionell besseres Verhältnis zu den zentralasiatischen Staaten, deren Hauptinteresse es ist, gegenüber den beiden Hegemonen in der SCO bestehen zu können. Darüber hinaus ist das Verhältnis der vier kleineren, zentralasiatischen Staaten untereinander angespannt. Auch innerhalb der SCO gibt es

¹ Quelle: International Monetary Fund, World Economic Outlook Database, October 2012; Stiftung Weltbevölkerung.

also Konfliktlinien, welche Auswirkungen auf die Möglichkeiten und den Grad der Zusammenarbeit der Mitglieder haben.

5.2 Historischer Abriss

Die Vorgängerinstitution der SCO waren die sogenannten *Shanghai Five* bestehend aus China, Russland, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan. Diese arbeiteten bereits seit Mitte der 1990er zusammen, um unter anderem Grenzstreitigkeiten beizulegen (ausführlich bei Zhuangzhi 2004). Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion stellte dieses Thema eine dauerhafte Bedrohung der Sicherheitslage in der zentralasiatischen Region dar. Mit der Aufnahme Usbekistans in diese Gruppe wurden die entsprechenden Gründungsdokumente der SCO unterzeichnet und die Regionalorganisation am 15. Juni 2001 gegründet. 2002 wurde die Organisation um ein Anti-Terror-Bündnis ergänzt. Die wesentlichen Institutionen der SCO haben sich seitdem nicht entscheidend verändert.

Die SCO nennt immer wieder Stabilität als eines der wichtigsten Ziele für die Entwicklung Zentralasiens. Hierauf bezieht sich auch die wichtigste Aufgabe der SCO, nämlich die Bekämpfung der „*three evils*“: Separatismus, Terrorismus und Extremismus (Aris 2009). Zunächst gibt es tatsächlich in fast allen Mitgliedsländern terroristische Aktivitäten und separatistische Bemühungen durch Organisationen vor allem muslimischer Minderheiten. Einige dieser Organisationen sind im Rahmen des *War on Terror* auch auf den Listen terroristischer Organisationen der USA gelandet. Zudem wird der von Afghanistan ausgehende beziehungsweise ausgehende islamische Terrorismus als Bedrohung in der unmittelbaren Nähe aufgefasst. Auch der Beobachterstaat Pakistan ist hiervon immer noch akut betroffen.

5.3 Institutionen

Die beiden wichtigsten Entscheidungsorgane der SCO sind der Rat der Staatschefs und der Rat der Regierungschefs. Der Rat der Staatschefs ist das höhere der beiden Entscheidungsorgane und kommt einmal im Jahr zu einem mehrtägigen Gipfeltreffen zusammen, an dem auch Delegierte der Beobachterstaaten teilnehmen. Der Selbstbeschreibung zufolge ist es die Aufgabe des Rats der Staatschefs, Entscheidungen zu treffen und Anweisungen für die Organisation zu geben. So wurden für das Gipfeltref-

fen zum zehnjährigen Jubiläum 2011 beispielsweise die Verabschiedung der Strategie im Kampf gegen den Drogenhandel und -missbrauch für die Jahre 2011 bis 2016 oder die Verabschiedung über die Zusammenarbeit im Bereich des Gesundheitswesens protokolliert (SCO 2011a). Jedoch verbleiben die Protokolle dieser Veranstaltungen meist im Ungefähren, so zum Beispiel wenn die „Wichtigkeit der Kooperation“ betont wird oder ein „vertiefter Austausch von Gedanken und Meinungen“ stattfindet.

Der Rat der Regierungschefs kommt ebenfalls zu jährlichen Gipfeln zusammen und auch hieran können Delegierte der Beobachterstaaten teilnehmen. Dabei werden Entscheidungen über die weitere Strategie der Organisation und spezifische Aktivitäten getroffen. Zudem genehmigen die Regierungschefs das Budget der SCO. Aber auch hier bleibt die Beschreibung der tatsächlichen Aktivitäten eher unspezifisch. Das letzte Gipfeltreffen der Regierungschefs zu dem auf der Homepage der SCO Informationen vorliegen, fand im November 2011 statt. Bei diesem Anlass wurde unter anderem die Notwendigkeit betont, sich auf die Formulierung und Implementierung gemeinsamer Kooperationsprojekte zu konzentrieren (SCO 2011b). Etwas konkreter ist die bei dieser Gelegenheit geäußerte Unterstützung für die Schaffung einer gemeinsamen Entwicklungsbank aller Mitgliedsstaaten. Ebenfalls in diesem Rahmen wurden die Ergebnisse von Treffen auf der Ebene einzelner Fachminister diskutiert (SCO 2011b).

Weitere wichtige Institutionen der SCO sind das Sekretariat und die Regionale Anti-Terrorismus Struktur (RATS). Das Sekretariat ist die wichtigste permanente Einrichtung der Exekutive der SCO und hat seinen Hauptsitz in der chinesischen Hauptstadt Peking. Der Generalsekretär der SCO wird vom Rat der Staatschefs für einen Zeitraum von jeweils drei Jahren ernannt. Die wichtigsten Aufgaben des Sekretariats sind die Koordinierung der Aktivitäten der gesamten Organisation, die Aufbereitung und das Bereitstellen von Informationen sowie die Dokumentation sämtlicher Aktivitäten der Organisation. RATS ist eine Agentur der SCO zur Bekämpfung von Terrorismus, Separatismus und Extremismus. Ihr Hauptsitz befindet sich in Taschkent, Usbekistan. Der Direktor der Behörde wird ebenfalls vom Rat der Staatschefs für drei Jahre ernannt. Ihre Hauptaufgabe ist es, dauerhafte Arbeitsbeziehungen zwischen den nationalen Sicherheitsbehörden der Mitgliedsstaaten aufrecht zu erhalten und deren Zusammenarbeit zu unterstützen. Die Angestellten von RATS stammen aus den nationalen Sicherheitsbehörden. Ähnlich wie das Sekretariat, ist es auch die Aufgabe von RATS, Aktivitäten zu dokumentieren und vor allem Informationen bereitzustellen, aufzubereiten und auszutauschen. Jedoch stehen in englischer Sprache nur sehr wenige Informationen über Aktivitäten der Organisation zur Verfügung. Im Jahr 2004 betrug das

Budget von RATS 3,1 Millionen US-Dollar. Im Jahr 2006 wurde RATS dafür gewürdigt, über 250 terroristische Angriffe und Anschläge verhindert zu haben (Lanteigne 2006: 618). Wie diese Zahl, welche ursprünglich von der staatlichen Nachrichtenagentur Kirgisistans veröffentlicht wurde, zustande kam, wurde jedoch nicht erläutert.

5.4 Wissenschaftliche Deutung der SCO

Einige Autoren interpretieren die SCO als reine Sicherheitsgemeinschaft. Diese Interpretation ist eher neorealistisch geprägt. Sie versteht die Gründung der SCO als Balancing-Verhalten zwischen beziehungsweise gegenüber den beiden regionalen Hegemonen China und Russland in einer instabilen Region. Diese Lesart sieht in der SCO weniger einen Zusammenschluss gegenüber externen Bedrohungen. Vielmehr diene die Regionalorganisation der intra-regionalen Sicherheit und Stabilität (Allison 2004; Bohr 2004; Chung 2006; Gelpi 1999).

Autoren anderer Beiträge wiederum kategorisieren die SCO vor allem als Instrument Chinas, das eigene Interessen in der Region durchzusetzen. Speziell die territoriale Integrität Chinas, seine Sicherheitsinteressen (auch gegenüber den USA) und der Zugang zu fossilen Rohstoffen werden in diesem Zusammenhang aufgeführt (Sheives 2006). Die Rolle Chinas in der SCO bewegt sich dabei zwischen wohlwollendem Hegemon und hegemonialer Bedrohung (Chung 2004).

Wieder andere Autoren erkennen vor allem die positiven Aspekte der SCO an. Die enge Kooperation innerhalb der Regionalorganisation würde die Kosten von Konflikten in der Region erhöhen und somit zu einer Befriedung der Region beitragen. Davon wiederum würde die wirtschaftliche Kooperation weiter profitieren und zusammen mit den Beobachterstaaten und den Dialogpartnern ein gutes Klima für den Ausbau von Infrastruktur und anderen wirtschaftlichen Tätigkeiten über die Region hinaus geschaffen werden (Norling/Swanström 2007).

Eine Auseinandersetzung mit der SCO in der wissenschaftlichen Literatur fand bisher also in erster Linie unter sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Aspekten statt. Dabei steht vor allem China als aufstrebende Wirtschaftsmacht im Vordergrund. Die SCO wird dabei weniger im Kontext anderer Regionalorganisationen gesehen, sondern vielmehr als loser, sicherheitspolitischer Staatenzusammenschluss. Angesichts der Bemühungen der SCO staatliches Handeln zu legitimieren, scheint diese Interpretation jedoch zu kurz gegriffen.

5.5 Governance-Transfer innerhalb der SCO

Die SCO ist eine rein intergouvernementale Regionalorganisation. Nahezu alle Entscheidungen werden auf Ebene der Staats- und Regierungschefs getroffen. Das Prinzip der Nichteinmischung und der staatlichen Souveränität stehen dem Auftreten von Governance-Transfer entgegen. Am ehesten könnte man noch die Anti-Terror-Konvention der SCO als Beispiel für Governance-Transfer interpretieren. Jedoch verbleiben auch diese Forderungen im Ungefähren und sind kaum verbindlich. In der Konvention ist die Rede von Maßnahmen, welche die Mitgliedsstaaten im Kampf gegen den Terror ergreifen sollen. Die konkreten Inhalte dieser Maßnahmen werden nur beispielhaft aufgeführt. Leider liegen keine empirischen Belege dafür vor, welche dieser Anpassungen auch tatsächlich vorgenommen wurden:

„The Parties shall take such measures as can prove necessary, including, as appropriate, in the field of their domestic legislation [...]“ (SCO 2001a).

Diese Konvention ist nur eine Absichtserklärung und sieht keinerlei Mechanismen zur Durchsetzung ihrer Ziele vor. Zudem wurden die Maßnahmen auf intergouvernementaler Ebene beschlossen und nicht in einem unabhängigen Gremium der SCO selbst. Es fällt also schwer aus den Aktivitäten der SCO Beispiele für Governance-Transfer herauszulesen. Dass dies der Grundhaltung der SCO und ihrer Mitglieder entspricht, wird deutlich anhand des sogenannten *Shanghai Spirit*, welcher die ideologische Arbeitsgrundlage der SCO bildet:

„The 'Shanghai Spirit' formed during the 'Shanghai Five' process, with 'mutual trust, mutual benefit, equality, consultation, respect for multicultures, striving for common development' as its basic contents, has been precious treasure accumulated in the cooperation among the countries of the region in recent years. This spirit should be carried forward so that it will become the norm governing relations among the SCO member states in the new century“ (SCO 2001b).

Daraus folgt, dass:

“[t]he SCO member states shall [...] mutually respect independence, sovereignty and territorial integrity, not interfere in each other's internal affairs, [...] resolve all problems through mutual consultations [...]” (SCO 2001b)

Diese Prinzipien sind auch heute noch zentral für den Charakter der Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten der SCO untereinander. Dies erklärt auch, warum innerhalb der SCO keine Institutionen gebildet wurden, welche selbstständig Entscheidungen treffen könnten, die für die Mitglieder verbindlich wären.

5.6 Konditionalität

Konditionalität ist einer der wesentlichen Mechanismen des Governance-Transfers. Konditionalität beschreibt Bedingungen, welche vor Gewährung eines Kredits oder einer Mitgliedschaft in einer internationalen Organisation erfüllt werden müssen. So knüpft beispielsweise der Internationale Währungsfond (IMF) die Vergabe von Krediten an Bedingungen. Das jeweilige Empfängerland muss zuvor vereinbarte institutionelle und politische Veränderungen nachweisen, um den angeforderten Kredit in voller Höhe zu erhalten. Auch eine Regionalorganisation wie die EU hat die Möglichkeit, die Aufnahme neuer Mitglieder an Bedingungen zu knüpfen (Kelley 2004). Diese Bedingungen sind oft demokratischer oder rechtsstaatlicher Natur. Innerhalb der EU ist Konditionalität die zentrale Strategie zur Verbreitung ihrer Grundwerte (Schimmelfennig/Sedelmeier 2004; Schimmelfennig et al. 2005). Angesichts dessen bietet es sich an, auch im Fall der SCO zu untersuchen, ob sie entsprechende Bedingungen gegenüber an einer Mitgliedschaft interessierten Staaten formuliert. Bisher jedoch hat die SCO keine Erweiterung um ordentliche Mitglieder erfahren. Es existieren jedoch Bestimmungen über die Gewährung eines Beobachterstatus an ein Land. Voraussetzung hierfür ist die Beachtung der Grundprinzipien der SCO. Diese sind, ganz im Sinne des *Shanghai Spirit* und sehr unbestimmt gehalten:

„[...]respect for the sovereignty, territorial integrity and equal rights of the member states, recognition of the main objectives, principles and actions of the Organisation...“ (SCO 2004).

Ein Eingriff in die Institutionen des jeweiligen Staates ist also nicht vorgesehen. Von entsprechenden Maßnahmen wird im Gegenteil explizit Abstand genommen. Hier wird also keinerlei Governance-Transfer vorgenommen, vielmehr werden die Grundprinzipien der SCO und die politische Autonomie des jeweiligen Staates erneut bestätigt. Den Beobachterstaaten, ebenso wie den Mitgliedern, wird also der etwaige Aufbau von demokratischen oder rechtsstaatlichen Institutionen vollständig selbst überlassen. Dies bedeutet zwar nicht, dass im Falle einer Erweiterung nur Staaten mit autoritären Regimen aufgenommen würden. Es ist jedoch nicht zu erwarten, dass die bestehenden Mitglieder es zulassen werden, den autokratischen Konsens innerhalb der SCO durch einen demokratischen Mitgliedsstaat in Gefahr zu bringen (Ambrosio 2008: 1342).

6. Dokumentenanalyse

Wie eingangs erwähnt, möchte diese Arbeit zwei Fragen untersuchen. Einerseits, die Frage, ob es Regionalorganisationen gibt, welche das Ziel haben, autokratische Regime zu stabilisieren. Und andererseits, die Frage, wie solche Regionalorganisationen funktionieren. Um diese Fragen beantworten zu können, wird auf eine Dokumentenanalyse zurückgegriffen (Behnke et al. 2006: Kapitel 8). Die dafür verwendeten Dokumente wurden der offiziellen Website der SCO und von RATS entnommen. Die Arbeitssprachen der Organisation sind russisch und chinesisch, ein Teil der Dokumente ist jedoch auf Englisch verfügbar. Problematisch ist dabei wie bereits erwähnt, dass diese nicht vollständig sind. Einige englischsprachige Dokumente brechen beispielsweise mitten im Text ab. Da der Autor keine der beiden Arbeitssprachen der SCO beherrscht, bilden die englischen Dokumente dennoch den Analysegegenstand dieser Arbeit. Die wesentlichen und zentralen Dokumente sind (vollständig) in englischer Sprache verfügbar. Ergänzt wird diese Analyse durch einige Sekundärquellen. Zunächst wird die Legitimierung staatlichen Handelns illustriert, danach die Legitimierung der Regime selbst.

6.1 Staatliches Handeln: Die Anti-Terror-Konvention der SCO

Ein wichtiges Dokument der SCO ist die Anti-Terror-Konvention aus dem Jahr 2001, sieht die SCO doch eine ihrer zentralen Aufgaben in der Bekämpfung von Separatis-

mus, Terrorismus und Extremismus. Hierfür ist es zunächst interessant, die Definitionen dieser drei Bedrohungen zu betrachten.

Terrorismus wird hier definiert als:

„[...] any other act intended to cause death or serious bodily injury to a civilian, or any other person not taking an active part in the hostilities in a situation of armed conflict or to cause major damage to any material facility, as well as to organize, plan, aid and abet such act, when the purpose of such act, by its nature or context, is to intimidate a population, violate public security or to compel public authorities or an international organization to do or to abstain from doing any act, and prosecuted in accordance with the national laws of the Parties [...]“ (SCO 2001a).

Die Hürde, eine Handlung als *terroristisch* bezeichnen zu können, ist hier sehr niedrig. Zunächst kann eigentlich jede Art von Körperverletzung oder Mord als terroristisch eingeordnet werden. Das gleiche gilt für Delikte im Bereich der Sachbeschädigung, welche ebenfalls so gut wie gar nicht tatbestandlich eingeschränkt werden. Ziel eines terroristischen Aktes muss es dabei sein, entweder Teile der Bevölkerung *einzuschüchtern* oder die *öffentliche Sicherheit* zu beeinträchtigen. Auch diese Merkmalsgebung stellt keine Einschränkung dar und bietet so die Möglichkeit seitens der Staatsgewalt als Handhabe zu willkürlichen Akten genutzt zu werden. Die strafbaren Handlungen werden zudem erweitert durch Delikte wie „Beihilfe“ oder „Unterstützung“ eines „terroristischen“ Aktes, was ebenfalls sehr weit gefasste und nahezu beliebig interpretierbare Begriffe sind. Die Strafverfolgung wird dabei nicht vereinheitlicht, sondern dem jeweiligen Land überlassen und in keiner Form eingeschränkt.

Separatismus wird definiert als:

„[...] any act intended to violate territorial integrity of a State including by annexation of any part of its territory or to disintegrate a State, committed in a violent manner, as well as planning and preparing, and abetting such act, and subject to criminal prosecuting in accordance with the national laws of the Parties [...]“ (SCO 2001a).

Auch hier fällt auf, dass die jeweils verurteilten Handlungen sehr schwammig definiert sind. Eine Menschendemonstration beispielsweise, welche die Unabhängigkeit eines

Landesteils fordert und gewaltsam aufgelöst wird, kann ebenso unter dieser Definition subsumiert werden sowie unter die gegebene Definition des Terrorismus fallen. Auch die Planung einer solchen Demonstration würde bereits den Tatbestand erfüllen, könnte es später bei der Ausführung der Demonstration doch ebenfalls zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kommen.

Extremismus wird definiert als:

„[...] an act aimed at seizing or keeping power through the use of violence or changing violently the constitutional regime of a State, as well as a violent encroachment upon public security, including organization, for the above purposes, of illegal armed formations and participation in them, criminally prosecuted in conformity with the national laws of the Parties“ (SCO 2001a).

An dieser Stelle sind die strafbaren Handlungen wohl am weitesten gefasst. Besonders die *gewaltsame Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit* ist hier bemerkenswert. In allen drei dargestellten Kategorien (Terrorismus, Separatismus und Extremismus) fällt zudem auf, welche besondere Bedeutung auf die staatliche Integrität gelegt wird. Wie die SCO dabei im konkreten Fall plant vorzugehen, wird bei der Bewertung der Niederschlagung systemkritischer Proteste in Andijan, Usbekistan im Jahr 2005 deutlich (ausführlich Kendzior 2007). Westliche und oppositionelle Beobachter sind sich einig, dass es sich bei diesem Vorfall um ein Massaker an unbewaffneten, oppositionellen Demonstranten handelt. Die SCO hingegen bezeichnete den Vorfall in einer Rede des damaligen Generalsekretärs als Ausdruck von Extremismus und als eine Bedrohung für die Stabilität der gesamten Region (Ambrosio 2008: 1333). Westliche Regierungen und Nicht-Regierungsorganisationen forderten eine unabhängige Untersuchung der Ereignisse. Dies wurde jedoch von der usbekischen Regierung zurückgewiesen. Allein Beobachter aus dem SCO-Mitglied Russland wurden zugelassen (Gleason 2006: 50). Großer Wert wird auch der Bestrafung entsprechender Handlungen beigemessen:

„The Parties shall take such measures as can prove necessary, including, as appropriate, in the field of their domestic legislation, in order to ensure that in no circumstances acts referred to in Article 1 (1) of this Convention should be subject to acquittal based upon exclusively political, philosophical, ideological, racial, ethnic, religious or any other similar considerations and that they should entail punishment proportionate to their gravity“ (SCO 2001a).

Die SCO setzt diese Maßnahmen dabei in einen globalen Zusammenhang:

„[...] aware of the fact that terrorism, separatism and extremism constitute a threat to international peace and security, the promotion of friendly relations among States as well as to the enjoyment of fundamental human rights and freedoms [...]“ (SCO 2001a).

Die Bestrafung von tatbestandlich sehr weit gefassten Taten wird aus dem rein nationalen Kontext enthoben. Besonders betont wird die gebotene Kooperation. Ein konsequentes Handeln sei nicht nur durch nationale Gesetze erforderlich, sondern müsse auch im internationalen Zusammenhang geboten sein. Die Erwähnung von Menschen- und Freiheitsrechten soll dem Handeln der Mitgliedsstaaten und ihrer Sicherheitsbehörden zudem eine weitere Legitimation geben. Dabei erinnert das Zitat sehr stark an die Aussagen aus einem vergleichbaren Dokument der EU. Diese bezeichnet Terrorismus ebenfalls als internationale Bedrohung und Gefahr für Menschen- und Freiheitsrechte:

„Terrorism is a threat to all States and to all peoples. It poses a serious threat to our security, to the values of our democratic societies and to the rights and freedoms of our citizens, especially through the indiscriminate targeting of innocent people“ (EU 2005).

Die drei Bedrohungen (Terrorismus, Separatismus und Extremismus) werden überhaupt erst als Bedrohung für die Sicherheit und Ordnung und somit als bekämpfungswert eingestuft. Das Vorgehen gegen entsprechende „Täter“ wird in einen sicherheitsrelevanten Kontext erhoben und erfährt dadurch auch auf nationaler Ebene Legitimation (Acharya 2006; Caballero-Anthony/Emmers 2006). Terrorismus und ähnliche Bedrohungen werden durch den Staat als existenziell definiert. Damit wird schließlich repressives Verhalten durch Behörden begründet und legitimiert (Fumagalli 2007: 255). Die SCO und EU beschreiben hier ähnliche Bedrohungsszenarien. Die SCO bleibt dabei jedoch so vage, dass auch jegliche autoritäre Maßnahmen ihrer Mitgliedsstaaten gerechtfertigt werden.

Dieser kurze Abschnitt hat dargelegt, wie die SCO und ihre Mitgliedsstaaten nationales Handeln legitimieren, indem sie es in einen globalen Zusammenhang erheben und

diesen außerdem mit Hinweis auf den Schutz von Menschen- und Freiheitsrechten weiter begründen. Hierzu kommt, dass der Terrorismus und seine Bekämpfung sehr deutlich die inneren Spannungen und Widersprüche zeigen, mit denen sich liberale und demokratische Staaten konfrontiert sehen. So ergreifen auch demokratische Staaten wie die USA Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus, welche Menschenrechte verletzen. Gleichfalls liefert der internationale Terror autoritären Regimen ein Argument, nicht zu viel Freiheit innerhalb ihrer Staaten zuzulassen, da dies den explizit illiberalen Terrorismus und Instabilität begünstigen könne (Buzan 2006).

Der Kampf gegen den Terrorismus wurde im Jahr 2009 erneut in einer offiziellen Stellungnahme der SCO-Mitglieder und Afghanistans als sehr wichtige Aufgabe der SCO wie auch der internationalen Gemeinschaft bestätigt. Dies geschah in Hinblick auf den Umgang mit Afghanistan:

„Supporting the efforts of the Afghan Government [...] aimed at ensuring social and economic development, building democratic institutions, strengthening operational capability of the Afghan national army and police and enhancing the effectiveness of law enforcement bodies [...] Stressing the importance of maintaining the leading role of the United Nations [...]“ (SCO 2009).

In dieser Stellungnahme wird den Vereinten Nationen (UN) als einzige wirklich demokratische internationale Organisation eine Führungsrolle zugeschrieben. Zudem wird die Wichtigkeit demokratischer Institutionen in Afghanistan erwähnt.

6.2 Staatliches Handeln: Die SCO und andere internationale Organisationen

Ein weiteres Instrument der Legitimierung der SCO, ihrer Mitgliedsstaaten und ihres Handelns sind Abkommen, welche die SCO mit anderen internationalen und regionalen Organisationen schließt. So verfügt die SCO zum Beispiel über einen Beobachterstatus in der Generalversammlung der UN. Aus der Rede des damaligen Generalsekretärs der SCO vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Jahr 2005 lässt sich ebenfalls herauslesen, welchen Wert die SCO auf internationale Legitimierung legt:

„The SCO [...] combats forces of terrorism, separatism and extremism; protects peace, security and stability in the region; promotes the creation of democratic, just and rational international political and economic order. Internally, the SCO is guided by the Spirit of Shanghai, based upon 'mutual trust, mutual benefit, equality, mutual consultations, respect for diversity of cultures and aspiration for joint development'[...]" (UN 2005).

Drei Dinge sind hier zu erkennen. Zunächst findet auch hier wieder der Versuch statt, das Vorgehen der Mitgliedsstaaten der SCO im Bereich des Terrorismus zu legitimieren. Außerdem wird erneut das Grundprinzip der Nichteinmischung stark betont. Weiterhin wird ein Aspekt angesprochen, der in zahlreichen Dokumenten und Verlautbarungen der SCO immer wieder hervorgehoben und unter anderem auch von China gefordert wird: eine Neuordnung des internationalen Systems und besonders der Organisationen, in denen relevante Entscheidungen getroffen werden (u.a. Beeson/Bell 2009; Chin/Helleiner 2008). Interessant ist dabei, dass nicht nur eine Reform dieser Organisationen und Entscheidungsorgane gefordert wird, sondern dass das Ziel ist, diese „demokratisch“ zu gestalten. Durch diese Formulierung wird einem durch westliche Industriestaaten dominierten internationalen System der demokratische Charakter abgesprochen, und das von einem Vertreter eigentlich hochgradig autoritär organisierter Staaten. Dies zeigt, wie die SCO-Mitglieder versuchen, die strukturellen Gegebenheiten des internationalen Systems in Frage zu stellen. Das internationale System ist aus dieser Sicht zu sehr auf den Hegemon ausgerichtet und von unilateralem Vorgehen dominiert. In einem weiteren Dokument bezeichnen die Regierungschefs der Mitglieder der SCO ein multilaterales Vorgehen im internationalen Kontext als einzige Möglichkeit, den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen:

„The fast evolving process of globalisation adds to the interdependence of states, as a result their security and development become interconnected. Modern challenges and threats can be effectively counteracted through concerted efforts of the international community on the basis of agreed principles and in the framework of multilateral mechanisms. Unilateral action cannot resolve the existing problems. [...] Cooperation in counteracting new challenges and threats must be conducted in a consistent manner, without resorting to double standards, in strict observance of norms of the international law“ (SCO 2007).

Besonders China forderte in der Vergangenheit wiederholt ein konsensuales und multilaterales Vorgehen auf internationaler Ebene. In dieser Forderung verbarg sich das Ansinnen, zukünftig eine wichtigere Rolle in einem multipolaren internationalen System zu spielen (Foot 2006; Li 2011; Sohn 2011). Und auch hier findet sich die Betonung nationalstaatlicher Souveränität und territorialer Integrität wieder:

„The SCO member states advocate creation of a security structure on the basis of generally accepted norms of the international law that will: [...] guarantee the right of every state to choose independently its way of development based on its unique historical experience and national features, to protect its state integrity and national dignity, to participate equally in international affairs [...]“ (SCO 2007).

Zuletzt wurde die Zusammenarbeit mit der SCO in zwei Ansprachen von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon positiv erwähnt (UN 2010; UN 2011). Auch wenn dies natürlich den streng diplomatischen Formulierungen der UN entspricht, so zeigt dies doch immerhin eine gewisse Anerkennung der SCO durch die Vereinten Nationen im gemeinsamen *Krieg gegen den Terror*. Auch in Bezug auf ihr Eingreifen in Kirgisistan erfährt die SCO internationale Anerkennung und Legitimierung:

„The provision of relevant assistance to Kyrgyzstan is another area where we can work together, and I welcome the commitment of the SCO to the stability and security of the country and the well-being of the Kyrgyz people“ (UN 2010).

Auch hier erhalten die SCO und ihre Mitgliedsstaaten internationale Anerkennung und Legitimierung.

Die Beziehungen der SCO zu den Vereinten Nationen sind sicherlich die engsten im Vergleich mit Verbindungen zu anderen internationalen und regionalen Organisationen. Außerdem kooperiert die SCO mit folgenden Organisationen: dem Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN), der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSCE), und der EU (ASEAN 2005; SCO 2008). Die Stellungnahme der SCO über die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen aus dem Jahr 2008 ist die aktuellste, welche auf der Homepage der SCO in englischer Sprache verfügbar ist. Da die Verbindungen mit der UN am engsten und die Legitimierung der SCO

und ihrer Mitglieder hier am besten herauszuarbeiten ist, wurde auf diese Zusammenarbeit am detailliertesten eingegangen. Der Vollständigkeit halber sollte auch noch die Kooperation speziell Chinas mit ASEAN erwähnt werden. Diese ist ebenfalls im Bereich nicht-traditioneller Sicherheit angesiedelt und durch die Betonung der staatlichen Souveränität und geteilter Werte und Normen geprägt (Arase 2010).

6.3 Autoritäre Regime: Beschreibung der nationalen Regierungssysteme

Die Beschreibung der nationalen Regierungssysteme der Mitgliedsstaaten durch die SCO zeigt, dass die SCO hier eigene Standards anwendet. Ein gravierender Unterschied ist zu erkennen, wenn diese den Beschreibungen durch Freedom House gegenübergestellt werden. Wie bereits erwähnt verfügt zum Beispiel Weißrussland über den Status eines Dialogpartners. Auch wenn es somit kein ordentliches Mitglied der SCO ist, ist es dennoch interessant an diesem Beispiel aufzuzeigen, wie die Legitimierung autokratischer Regime in den offiziellen Verlautbarungen der SCO stattfindet. Nach dem Index von Freedom House erhält Weißrussland eine Punktzahl von 6,68 (2012) und ist damit sehr nah an der schlechtest möglichen Punktzahl von 7 platziert. Dementsprechend lautet die detaillierte Beschreibung des weißrussischen Staates:

„Belarus is a consolidated autocratic regime [...] Political repression of civil society and the opposition continued to intensify in the aftermath of the 19 December 2010 presidential elections. [...] Elections in Belarus are largely an administrative formality, conducted to validate the selection of progovernment candidates. [...] Throughout 2011, the regime continued its intimidation of the opposition through harassment and arrest of journalists and prominent activists [...]“ (Freedom House 2012a).

Demgegenüber zeichnet die SCO ein deutlich positiveres Bild des weißrussischen Regierungssystems:

“Belarus is a unitary, democratic, social, law-governed state. State power in the Republic of Belarus is exercised by its division into legislative, executive and judicial branches. President of the Republic of Belarus is the Head of State. [...]

All citizens exercise local government and self-government through local Councils of Deputies, executive and administrative authorities, bodies of territorial and civil self-government, local referendums, meetings and other forms of direct participation in state and public affairs” (SCO 2011c).

Hier ist also eine fundamental unterschiedliche Interpretation der politischen Verhältnisse in diesem Land zu erkennen. Dieses Vorgehen lässt sich auch an anderer Stelle beobachten. So zum Beispiel, wenn der damalige russische Premierminister Wladimir Putin einen chinesischen Friedenspreis erhält, den die chinesische Regierung als Gegenentwurf zum norwegischen Friedensnobelpreis im Jahr 2010 gestiftet hat. In der Laudatio für Wladimir Putin wurde explizit erwähnt, dass er diesen vor allem für seine Kriegsführung in Tschetschenien erhält, welche in westlichen Medien und von westlichen Organisationen und Regierungen eher kritisch betrachtet wurde (Wong 2011; Wysling 2011).

6.4 Autoritäre Regime: Wahlbeobachtermissionen

Eine weitere Legitimationsstrategie der autokratischen Regime in der SCO ist das Einsetzen von Beobachtermissionen bei Wahlen in einem ihrer Mitgliedsländer. Auch hier wird ein Gegendiskurs gegenüber anderen internationalen Organisationen führt/eröffnet. Die Aufgabe von Beobachter-Mission ist es, Wahlen in Ländern auf bestimmte Kriterien hin zu überprüfen. Die OSCE, die auch in Zentralasien schon zahlreiche Beobachtermissionen vorgenommen hat (Warkotsch 2007), wendet unter anderem folgende Kriterien an: Regelmäßigkeit der Wahl, Transparenz der Wahl, Wahrung der zu einer Wahl gehörenden Freiheitsrechte wie zum Beispiel Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und Freiheit von Einschüchterung und Gleichheit der Wahl (OSCE 2010). Beobachtermissionen bei Wahlen bedeuten immer einen gewissen Eingriff in die Souveränität des beobachteten Staates (Santa-Cruz 2005). Um zu illustrieren, wie die SCO auch hier legitimierend vorgeht, werden die Beobachtermissionen von OSCE und der SCO bei der Präsidentschaftswahl in Russland und bei der Parlamentswahl in Kasachstan verglichen. Beide Wahlen fanden Anfang des Jahres 2012 statt. Ergänzt werden diese Berichte durch die Einschätzungen von Freedom House, um zu zeigen, dass die SCO nicht nur von der OSCE abweicht.

Freedom House bewertet darüber hinaus die Freiheit vergangener Wahlverfahren im jeweiligen Land. Russland erhält in diesem Unterpunkt seine schlechteste Bewertung

von 6,75 was sehr nah an der Maximalpunktzahl von 7liegt. Die Wertung wird folgendermaßen begründet:

“The State Duma elections were neither free nor fair, as foreign and domestic observers pointed out. Only seven parties had permission to compete, and the incumbent forces used the advantages of office to promote their candidates, tipping the field strongly in their favor. [...] While the ruling United Russia party failed to clear the 50 percent barrier in the officially reported popular vote, it was widely assumed that even this result was inflated” (Freedom House 2012a).

Zuletzt fand im März 2012 die russische Präsidentschaftswahl statt. Für diese Wahl gab es eine Beobachtermission der OSCE wie auch der SCO. An dieser Stelle sollen daher die Berichte der beiden Organisationen verglichen werden. Hinsichtlich der verschiedenen Präsidentschaftskandidaten kommt die OSCE zu dem Ergebnis, dass einzelne Kandidaten bevorteilt wurden:

„Although all contestants were able to campaign unhindered, the conditions for the campaign were found to be skewed in favour of one candidate. While all candidates had access to media, one candidate, the then Prime Minister, was given clear advantage in the coverage. State resources were also mobilized in his support. [...] Contrary to the legal requirements, the broadcast media did not provide balanced coverage of all candidates“ (OSCE 2012a).

Zudem kommt die OSCE zu dem Ergebnis, dass staatliche und administrative Organisationen genutzt wurden, um die Wahl zugunsten des Präsidentschaftskandidaten, damaliger Premierminister und Wahlsieger, Wladimir Putin zu beeinflussen:

“There was an evident mobilization of individuals and administrative resources in support of Mr. Putin’s campaign, which was observed by the OSCE/ODIHR EOM. In several regions, participants in campaign events reported that they had been ordered to take part by their superiors. Various levels of public institutions instructed their subordinate structures to organize and facilitate Mr. Putin’s campaign events. Local authorities also used official communication, such as their institutional websites or newspapers, to facilitate Mr. Putin’s campaign” (OSCE 2012a).

Zuletzt beobachteten die Mitarbeiter der OSCE auch Unregelmäßigkeiten im Auszählungsprozess der Wahl:

“On election day, voting was assessed positively overall; however, procedural irregularities were observed. The process deteriorated clearly during the count, which was assessed negatively in nearly one-third of polling stations observed due to procedural irregularities” (OSCE 2012a).

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass die OSCE-Beobachter in allen entscheidenden Stufen des Wahlverfahrens Defizite feststellten und dies auch entsprechend kommunizierten. Die Berichterstattung (westlicher) Medien über die Präsidentschaftswahl war ebenfalls von negativer Kritik geprägt.

Demgegenüber steht der Report, den die Beobachtermission der SCO angefertigt hat. Dieser wurde am 6. März 2012 veröffentlicht. In Bezug auf die Gleichheit zwischen den unterschiedlichen Präsidentschaftskandidaten kommt die SCO zu einem gegenteiligen Ergebnis als die OSCE. Die SCO kann in ihrer Mission keinerlei Bevorteilung oder Benachteiligung einzelner Kandidaten erkennen:

„The Central Election Commission of the Russian Federation registered a list of five candidates for the President of the Russian Federation from 4 political parties and one self-nominated candidate, which proves the presence of an opportunity for the country’s citizens to make a conscious and free choice in a democratic environment. Members of the Mission familiarised themselves with the activity of the candidates running for the President of the Russian Federation. The candidates were provided with equal conditions for conducting the pre-election campaign which represented an important element of democratic election“ (SCO 2012b).

Die Beobachtermission, welche wie die OSCE auch den Ablauf und Umfang der Mission selbst beurteilt, kommt zu dem Schluss, dass die Präsidentschaftswahl in Russland nicht zu beanstanden sei:

„The Mission believes that the election of the President of the Russian Federation at the polling stations observed by the Mission was free, transparent and

fair, and conducted in accordance with the requirements of the national election legislation of the Russian Federation and its international obligations, which makes it democratic and legitimate“ (SCO 2012b).

Hier wird die Legitimität der Wahl sogar explizit erwähnt und anschließend bestätigt. Dieses Beispiel zeigt wieder sehr deutlich, wie die SCO autoritäre Regime ihrer Mitgliedsstaaten legitimiert und eine Gegenöffentlichkeit zu den westlichen Medien und internationalen Organisationen aufbaut. Ein ähnliches Vorgehen war auch in Bezug auf die Parlamentswahlen in Kasachstan im Januar 2012 zu beobachten. Freedom House bewertet die Wahlfreiheit ebenso negativ wie in Russland mit 6,75:

„Presidential elections were held in April 2011, 20 months ahead of schedule. As usual, the media and the entire political and administrative apparatus were unified in depicting Nazarbayev as the only guarantor of peaceful prosperity and portrayed rival candidates as losers or threats to the country’s economic stability. According to the Central Electoral Commission, Nazarbaev obtained 95.5 percent of the vote, breaking his 2005 record of 90.5 percent“ (Freedom House 2012a).

Die OSCE stellte ebenfalls Unregelmäßigkeiten und Probleme bei dieser Wahl fest. Der wesentliche Satz zur Bewertung der Wahl aus Sicht der OSCE lautet:

„[...]the 15 January early parliamentary elections [...] did not meet fundamental principles of democratic elections“ (OSCE 2012b).

Die SCO hingegen kommt, wie auch in Russland, zu einem konträren Ergebnis und bewertet die Wahl insgesamt positiv. Diese sei, abgesehen von einigen unwesentlichen technischen Problemen, einwandfrei abgelaufen:

„The Mission notes that the relevant legal base provides the necessary conditions for participants of the election process, ensures the right and the opportunity to vote or not to vote, to be elected or to elect on a fair basis through universal and equal expression of the voters’ will by secret ballot. The political [...] were provided with equal conditions for conducting the pre-election campaign which represented an important element of democratic election“ (SCO 2012a).

Die SCO hat auch hier Details veröffentlicht, welche belegen sollen, dass das Urteil der Beobachtermission objektiv und fundiert ist:

„In order to make an objective assessment of the voting procedure and ballot counting, in accordance with the national legislation of the Republic of Kazakhstan and its international agreements, the Mission inspected 6 precinct election commissions located in the city of Astana“ (SCO 2012a).

In beiden Fällen also bewertet die westlich geprägte internationale Organisation die untersuchten Wahlverfahren sehr negativ. Dem gegenüber steht eine gegenteilige, positive Bewertung durch die SCO. Hierdurch erhalten die jeweiligen Wahlen eine eigene, *überprüfte* Legitimation, welche der nicht erteilten Legitimation durch andere Organisationen entgegensteht. Diese Legitimierung kann teilweise auch auf nationaler Ebene funktionieren (Stykwow 2011).

6.5 Zusammenfassung

Die SCO besitzt Legitimierungsstrategien und -mechanismen auf mehreren Ebenen. Diese lassen sich nach den bisherigen Erkenntnissen in zwei unterschiedliche Kategorien aufteilen. Einerseits die Legitimierung staatlichen Handelns, andererseits die Legitimierung der Regime selbst.

Die Legitimierung staatlichen Handelns konnte in erster Linie im Rahmen der Terrorismusbekämpfung beobachtet werden. Auch diese Legitimierung funktioniert in zwei Richtungen. Auf der einen Seite werden Terrorismus, Separatismus und Extremismus als Gefahr für Staat und Bevölkerung definiert, die ein internationales Ausmaß annimmt. Somit wird auch ein Menschenrechte verletzendes Vorgehen gegen diese Bedrohung legitimiert und als notwendig definiert. Auf der anderen Seite dient der internationale Kontext auch dazu, das staatliche Handeln in diesem Bereich gegenüber der internationalen Gemeinschaft zu legitimieren. Man befindet sich in einem gemeinsamen Kampf. Die Anerkennung als Partner in diesem gemeinsamen Kampf durch zahlreiche internationale Organisationen und andere Staaten sorgt für eine weitere Legitimationsbasis.

Die Legitimierung der Regime selbst funktioniert ebenfalls auf nationaler und internationaler Ebene. Hier werden die Staatsstrukturen allerdings weniger in einen globalen

Kontext eingeordnet. Vielmehr bilden die SCO und ihre Mitgliedsstaaten eine Gegenöffentlichkeit zu jener der westlichen Staaten. Auf nationaler Ebene funktioniert dies, indem gegenteilige Behauptungen aufgestellt werden, was besonders im Zusammenhang mit den Wahlbeobachtermissionen zu erkennen ist. Auf internationaler Ebene wird außerdem die Struktur des internationalen Systems und der Organisationen, die in diesem System Entscheidungen treffen, kritisiert. Das System wird als undemokratisch gebrandmarkt und erhebt die autoritären Staaten Zentralasiens auf diese Weise sogar in den Status eines Förderers internationaler Demokratie. Dass einzelne Mitgliedsstaaten der SCO durch dieses Vorgehen zusätzliches Selbstbewusstsein auf internationaler Ebene erlangten, äußerte sich beispielsweise als die usbekische Regierung amerikanische Truppen im Jahr 2005 des Landes verwies und sich in der Sicherheitspolitik ihrem SCO-Verbündeten Russland zuwandte (Fumagalli 2007; Gleason 2006).

7. Fazit

Diese hier vorgenommene Analyse hat gezeigt, *dass* und *wie* autoritäre Regime in der Lage sind, eine regionale Organisation wie die SCO zu nutzen, um sich und ihr Handeln auf nationaler und internationaler Ebene zu legitimieren. Auch die Aktivitäten nur schwach institutionalisierter Regionalorganisationen sind im internationalen Kontext von Relevanz. Dies macht deutlich, dass nicht nur die wissenschaftliche Betrachtung der EU und anderer, ähnlich „starker regionaler“ Organisationen sinnvoll sein kann. Auch abseits der bekannten Fallbeispiele gibt es Möglichkeiten, zu relevanten und verwertbaren Ergebnissen zu kommen. Zudem nicht absehbar ist, welchen Schaden die Rolle der EU als weltweites Vorbild für regionale Integration durch die Finanzkrise und Staatsschuldenkrise sowie die dadurch offenbarten institutionellen Schwächen genommen hat. Die Regionalismusdebatte hat und wird sich angesichts dieser Entwicklungen noch weiter vom *alten Vorbild* EU emanzipieren. Regionale Organisationen unterliegen je nach Region unterschiedlichen Beschränkungen und bieten unterschiedliche Möglichkeiten (z.B. Ruggirozzi 2012). Es hat sich auch im Rahmen dieser Arbeit gezeigt, dass regionale Organisationen keinem Modell folgen, sondern, wie auch in der Debatte um den *neuen* Regionalismus immer wieder erörtert, die unterschiedlichsten Ausprägungen annehmen können. Diese systematisch untersuchen und einordnen zu können, wird eine bleibende Aufgabe dieses Forschungszweiges sein.

Die theoretischen Annahmen, die dieser Arbeit zugrunde liegen, erwiesen sich dabei als plausibel. Die Mitglieder der SCO haben es geschafft, ihre Regime zu stabilisieren. Ob dies unmittelbar auf die Legitimierungsstrategien der SCO zurückgeführt werden kann, bleibt unklar. Es erscheint jedoch plausibel, dass diese Strategien einen Beitrag zu der genannten Herrschaftsstabilisierung auf nationaler Ebene geleistet haben. Weiterhin haben es die SCO und ihre Mitglieder auch auf internationaler Ebene geschafft, Anerkennung zu erfahren und die Demokratisierungsbemühungen, besonders der EU, erfolgreich abzuwehren. Und auch die USA sind mit ihren Bemühungen zur Demokratisierung der ehemaligen Sowjetunion gescheitert, was nicht zuletzt auch auf unterschiedlichen Interpretationen von *Demokratie* zurückzuführen ist (Bosin 2012). Wie nachhaltig dieser Erfolg ist, wird sich zeigen. Der Aufstieg Chinas und die hier beschriebene Verbreitung autoritärer Normen ist in jedem Fall eine Herausforderung für den seit dem Ende des Kalten Krieges in weiten Teilen der Welt herrschenden Wertekonsens. Diese Herausforderung hat dabei durchaus das Potential, sich zu einem globalen Konflikt auszuweiten. Besonders, wie sich jüngst zeigte, da es in Asien immer noch zahlreiche ungelöste territoriale Konflikte mit möglicherweise weitreichenden sicherheitspolitischen Implikationen bestehen (Drezner 2012).

Diese Arbeit kann nur der Ausgangspunkt für eine eingehendere Auseinandersetzung mit regionalen Organisationen autokratischer Staaten sein. Der hier dargestellte theoretische Ansatz ist beispielsweise nicht in der Lage, Veränderungen und Dynamiken zu erklären. Zwar wurde gezeigt, wie und mit welchen Mechanismen sich autoritäre Regime Legitimität und Herrschaftsstabilität verschaffen. Allerdings konnte am Fallbeispiel der SCO auch tatsächlich nur Stabilität untersucht werden. Was eine Veränderung des Regierungssystems oder eine Revolution innerhalb eines Mitgliedslandes für eine solche regionale Organisation bedeuteten würde, könnte ein nächster Untersuchungsschritt/Forschungsschwerpunkt sein. Hierfür käme beispielsweise ASEAN in Frage, eine Regionalorganisation mit großer Dynamik innerhalb der Mitgliedsstaaten, wie zuletzt am Beispiel der Veränderungen und Reformen in Myanmar und seinem Verhältnis zu ASEAN beobachtet werden konnte (Acharya 2003; Katanyuu 2006). Innerhalb von ASEAN herrscht dabei bisher ebenfalls das Grundprinzip der Nicht-Intervention vor (Sharpe 2003). Besonders im Falle der SCO hätte eine mit Myanmar vergleichbare Demokratisierung eines oder mehrerer Mitgliedsstaaten wahrscheinliche weitreichende Implikationen. Konfligierende Auffassungen über die *richtige* Staatsform könnte diese junge „regionale Gemeinschaft“ schnell wieder auseinander bringen (Ayoob 1999: 258).

Im Rahmen dieser Forschungsarbeit konnte nicht untersucht werden, warum die SCO ausgerechnet im Jahr 2001 gegründet wurde. Es bleibt die Frage, ob die Gründungsmitglieder dieser Organisation zu diesem Zeitpunkt einen besonderen Bedarf an Legitimität sahen oder ob sich die SCO erst im Laufe der Zeit zu einer legitimierenden Regionalorganisation wandelte. Ein weiterer Schritt wäre hier, die legitimierenden Praktiken der SCO systematisch und über einen längeren Zeitraum darzustellen und zu vergleichen.

Die Demokratisierung durch Regionalorganisationen scheint ausreichend untersucht worden zu sein. Diese Arbeit hat gezeigt, dass es auch lohnenswert sein kann zu beobachten, wie sich autokratische Systeme in regionalen oder internationalen

Man kann zu dem Schluss kommen, die Demokratie befinde sich auf dem Rückzug und autoritäre Regime erlangen neues Selbstbewusstsein auf regionaler und internationaler Ebene (Gershman/Allen 2006). In jedem Falle erhöht der Erfolg einer Regionalorganisation Organisationen Verhalten und wie sie diese zur Stabilisierung ihrer Herrschaft nutzen. Ein Beispiel für eine weitere, rein autokratische, Regionalorganisation ist der Golf-Kooperationsrat (Legrenzi 2011). Auch diese Regionalorganisation besitzt keine supranationalen Kompetenzen und auch hier lassen sich legitimierende Praktiken erkennen (Haimmerl 2013). Wie der SCO den Druck auf die USA und die EU, eine Öffnung und Reform des internationalen Systems voranzutreiben. Der Erfolg dieser Reformen kann entscheidend dafür sein, ob und wie autoritären Tendenzen in Regionen wie Zentralasien auf internationaler Ebene entgegengewirkt werden kann (Ikenberry/Slaughter 2007).

8. Literatur

- Abbott, Kenneth W./Snidal, Duncan* 1998: Why States Act through Formal International Organisations, in: *The Journal of Conflict Resolution* 42: 1, 3–32.
- Acemoglu, Daron/Robinson, James A.* 2006: *Economic Origins of Dictatorship and Democracy*, Cambridge.
- Acemoglu, Daron/Robinson, James A.* 2012: *Why Nations Fail: the Origins of Power, Prosperity and Poverty*, London.
- Acharya, Amitav* 1992: Regionalism and Regime Security in the Third World: Comparing the Origins of the ASEAN and the GCC, in: *Job, Brian L. (Hrsg.): The Insecurity Dilemma: National Security of Third World States*, Boulder, 143–164.
- Acharya, Amitav* 2003: Democratization and the Prospects for Participatory Regionalism in Southeast Asia, in: *Third World Quarterly* 24: 2, 375–390.
- Acharya, Amitav* 2006: Securitization in Asia: Functional and Normative Implications, in: *Caballero-Anthony, Mely/Emmers, Ralf/Acharya, Amitav (Hrsg.): Non-Traditional Security in Asia: Dilemmas in Securitization*, Ashgate, 247–250.
- Acharya, Amitav* 2009: *Whose Ideas Matter? Agency and Power in Asian Regionalism*, Ithaca.
- Acharya, Amitav /Johnston, Alastair Iain* 2007: Conclusion: institutional features, cooperation effects, and the agenda for further research on comparative regionalism, in: *Acharya, Amitav/Johnston, Alastair Iain (Hrsg.): Crafting Cooperation: Regional International Institutions in Comparative Perspective*, Cambridge, 244–278.
- Allison, Roy* 2004: Regionalism, Regional Structures and Security Management in Central Asia, in: *International Affairs* 80: 3, 463–483.
- Ambrosio, Thomas* 2008: Catching the 'Shanghai Spirit': How the Shanghai Cooperation Organization Promotes Authoritarian Norms in Central Asia, in: *Europe-Asia Studies* 60: 8, 1321–1344.
- Anderson, Jeffrey J.* 1999: *Regional Integration and Democracy: Expanding on the European Experience*, Lanham.
- Arase, David* 2010: Non-Traditional Security in China-ASEAN Cooperation: The Institutionalization of Regional Security Cooperation and the Evolution of East Asian Regionalism, in: *Asian Survey* 50: 4, 808–833.
- Aris, Stephen* 2009: The Shanghai Cooperation Organisation: „Tackling the Three Evils“. A Regional Response to Non-traditional Security Challenges or an Anti-Western Bloc?, in: *Europe-Asia Studies* 61: 3, 457–482.
- Ayoob, Mohammed* 1989: The Third World in the System of States: Acute Schizophrenia or Growing Pains?, *International Studies Quarterly*, 33: 1, 67–79.
- Ayoob, Mohammed* 1992: The Security Predicament of the Third World State: Reflections in State Making in a Comparative Perspective, in: *Job, Brian L. (Hrsg.): The Insecurity Dilemma: National Security of Third World States*, Boulder, 63–80.
- Ayoob, Mohammed* 1999: From Regional System to Regional Society: Exploring Key Variables in the Construction of Regional Order, in: *Australian Journal of International Affairs* 53: 3, 247–260.

- Ayoob, Mohammed* 2002: Humanitarian Intervention and State Sovereignty, in: *The International Journal of Human Rights* 6: 1, 81–102.
- Bakshi, Jyotsna* 2002: Shanghai Co-operation Organisation (SCO) before and after September 11, in: *Strategic Analysis*, 26: 2, 265–276.
- Barnett, Michael/Finnemore, Martha* 2005: The Power of Liberal International Organizations, in: Barnett, Michael/Duvall, Raymond (Hrsg.): *Power in Global Governance*, Cambridge, 161–184.
- Beeson, Mark* 2009: Comment: Trading places? China, the United States and the evolution of the international political economy, in: *Review of International Political Economy* 16: 4, 729–741.
- Beeson, Mark/Bell, Stephen* 2009: The G-20 and International Economic Governance: Hegemony, Collectivism, or Both?, *Global Governance*, 15: 1, 67–86.
- Behnke, Joachim/Bauer, Nina/Behnke, Nathalie* 2006: *Empirische Methoden der Politikwissenschaft*, Paderborn.
- Bohr, Annette* 2004: Regionalism in Central Asia: new geopolitics, old regional order, in: *International Affairs* 80: 3, 485–502.
- Börzel, Tanja A.* 2012: Do All Roads Lead to Regionalism?, in: Börzel, Tanja A./Goltermann, Lukas/Lohaus, Mathis/Streibinger, Kai (Hrsg.): *Roads to Regionalism: Genesis, Design, and Effects of Regional Organizations*, Farnham, 255–267.
- Börzel, Tanja A./Risse, Thomas (2002): Die Wirkung internationaler Institutionen: Von der Normanerkennung zur Normeinhaltung, in: Jachtenfuchs, Markus/Knodt, Michèle (Hrsg.): *Regieren in internationalen Institutionen*, Opladen, 141–181.
- Börzel, Tanja A./van Hüllen, Vera/Lohaus, Mathis* 2013: *Governance Transfer by Regional Organizations: Following a Global Script?*, SFB-Governance Working Paper Series, No. 42, January 2013, Berlin: SFB 700, Governance in Areas of Limited Statehood.
- Bosin, Yury V.* 2012: Supporting Democracy in the Former Soviet Union: Why the Impact of US Assistance Has Been Below Expectations, in: *International Studies Quarterly* 56: 2, 405–412.
- Bossuyt, Fabienne* 2011: The European Union's Emerging Relations with Central Asia: A test case for European Union foreign policy, in: Wunderlich, Jens-Uwe/Bailey, David J. (Hrsg.): *The European Union and Global Governance: a handbook*, London, 294–303.
- Brownlee, Jason* 2007: *Authoritarianism in an Age of Democratization*, Cambridge.
- Bruni, Franco* 2011: Europe and the World's Economy Governance: the Monetary and Financial Perspective, in: Secchi, Carlo/Villafranca, Antonio (Hrsg.): *Global Governance and the Role of the EU: Assessing the Future Balance of Power*, Cheltenham, 3–25.
- Bueno de Mesquita, Bruce/Smith, Alistair/Siverson, Randolph M./Morrow, James D.* 2003: *The Logic of Political Survival*, Cambridge.
- Bullard, Nicola/Bello, Walden/Mallhotra, Kamal* (1998): Taming the Tigers: The IMF and the Asian Crisis, in: *Third World Quarterly* 19: 3, 505–555.
- Buzan, Barry* 2006: Will the „Global War on Terrorism“ Be the New Cold War?, in: *International Affairs* 82: 6, 1101–1118.

- Caballero-Anthony, Mely/Emmers, Ralf* (2006): Understanding the Dynamics of Securitizing Non-Traditional Security, in: Caballero-Anthony Caballero-Anthony, Mely/Emmers, Ralf/Acharya, Amitav (Hrsg.): Non-Traditional Security in Asia: Dilemmas in Securitization, Aldershot, 1–12.
- Casarini, Nicola* 2009: Remaking Global Order: The Evolution of Europe-China Relations and its Implications for East Asia and the United States, Oxford.
- Central Intelligence Agency* 2013: The World Factbook, in: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/rankorder/2001rank.html?countryName=China&countryCode=ch®ionCode=eas&rank=3#ch>; 26. Februar 2013.
- Chin, Gregory/Helleiner, Eric* 2008: China as a Creditor: A Rising Financial Power?, in: *Journal of International Affairs* 62: 1, 87–102.
- Chung, Chien-peng* 2004: The Shanghai Co-operation Organization: China's Changing Influence in Central Asia, in: *The China Quarterly* 180, 989–1009.
- Chung, Chien-peng* 2006: China and the Institutionalization of the Shanghai Cooperation Organization, in: *Problems of Post-Communism* 53: 3, 3–14.
- Cohen, Benjamin J.* 2012: The Yuan Tomorrow? Evaluating China's Currency Internationalisation Strategy, in: *New Political Economy* 17: 3, 361–371.
- Collins, Kathleen* 2009: Economic and Security Regionalism among Patrimonial Authoritarian Regimes, in: *Europe-Asia Studies* 61: 2, 249–281.
- Cooley, Alexander* 2008: Principles in the Pipeline: managing transatlantic values and interests in Central Asia, in: *International Affairs* 84: 6, 1173–1188.
- Dahl, Robert A.* 1989: *Democracy and its Critics*, New Haven.
- Dent, Christopher M.* 2008: *East Asian Regionalism*, London.
- Dolowitz, David P./Marsh, David* 2000: Learning from Abroad: The Role of Policy Transfer in Contemporary Policy-Making, *Governance*, 13: 1, 5–24.
- Drezner, Daniel W.* 2003: Introduction: The Interaction of International and Domestic Institutions, in: Drezner, Daniel W. (Hrsg): *Locating the Proper Authorities: The Interaction of Domestic and International Institutions*, Ann Arbor, 1–22.
- Drezner, Daniel W.* 2012: Could Everyone in Asia Please Chill Out Just a Wee Bit?, *Foreign Policy*, 20. August 2012, in: http://drezner.foreignpolicy.com/posts/2012/08/20/could_everyone_in_asia_please_chill_out_just_a_wee_bit; 30. September 2012.
- Fawn, Rick* 2009: 'Regions' and Their Study: wherefrom, what for and whereto?, in: *Review of International Studies* 35: 1, 5–34.
- Finnemore, Martha* 2009: Legitimacy, Hypocrisy, and the Social Structure of Unipolarity: Why Being a Unipole Isn't All It's Cracked Up to Be, in: *World Politics* 61:1, 58–85.
- Foot, Rosemary* 2006: Chinese Strategies in a US-Hegemonic Global Order: Accommodating and Hedging, in: *International Affairs* 82: 1, 77–94.
- Freedom House* 2012a: Report: Nations in Transit, in: <http://www.freedomhouse.org/report-types/nations-transit>; 30. September 2012.
- Freedom House* 2012b: Report: Freedom in the World, in: <http://www.freedomhouse.org/report-types/freedom-world>; 30. September 2012.
- Fukuyama, Francis* 1992: *Das Ende der Geschichte: Wo stehen wir?*, München.

- Fumagalli, Matteo* 2007: Alignments and Realignment in Central Asia: The Rationale and Implications of Uzbekistan's Reapprochement with Russia, in: *International Political Science Review*, 28: 3, 253–271.
- Gelpi, Christopher* 1999: Alliances as Instruments of Intra-Allied Control, in: Haftendorn, Helga/Keohane, Robert O./Wallender, Celeste A. (Hrsg.): *Imperfect Unions: Security Institutions over Time and Space*, Oxford, 107–139.
- Geppert, Kerstin* 2010: Die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit: Anti-NATO-Bündnis oder stabilisierender Faktor in Zentralasien?, *Länderbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.*, Januar 2010.
- Gershman, Carl/Allen, Michael* 2006: The Assault on Democracy Assistance, in: *Journal of Democracy* 17: 2, 36–51.
- Gleason, Gregory* 2006: The Uzbek Expulsion of U.S. Forces and Realignment in Central Asia, in: *Problems of Post-Communism* 53: 2, 49–60.
- Gnath, Katharina/Schmucker, Claudia* 2012: The Role of the Emerging Countries in the G20: Agenda-Setter, Veto Player or Spectator, *European Yearbook of International Economic Law*, Vol. 3, Berlin, 667–681.
- Godehardt, Nadine/Krahl, Daniel* 2010: Friedensmission 2010 – China als zentralasiatischer Akteur?, *GIGA Focus*, 2010(10), Hamburg.
- Haimler, Maria* 2013: In Search of Legitimacy in Times of Crisis: Governance Transfer by the Gulf Cooperation Council (GCC), *Berlin Working Paper on European Integration* 18, Berlin Center for European Integration, Freie Universität Berlin.
- Hettne, Björn/Söderbaum, Fredrik* 2008: The Future of Regionalism: Old divides, new frontiers, in: Cooper, Andrew F./Hughes, Christopher W./De Lombaerde, Philippe (Hrsg.): *Regionalisation and Global Governance: The Taming of Globalisation?*, London, 61–79.
- Holbig, Heike* 2011: Die Finanzkrise in China: Auswirkungen auf die Legitimität der Parteiherrschaft, in: Albrecht, Holger/Frankenberg, Holger/Frech, Siegfried (Hrsg.): *Autoritäre Regime: Herrschaftsmechanismen, Legitimationsstrategien, Persistenz und Wandel*, Schwalbach, 114–132.
- Ikenberry, G. John* 2008a: The Rise of China and the Future of the West: Can the Liberal System Survive?, in: *Foreign Affairs* 87: 1, 23–37.
- Ikenberry, G. John* 2008b: The Rise of China: Power, Institutions, and the Western Order, in: Ross, Robert S./Feng, Zhu (Hrsg.): *China's Ascent: Power, Security, and the Future of International Politics*, Ithaca, 89–114.
- Ikenberry, G. John/Kupchan, Charles A.* 1990: Socialization and Hegemonic Power, in: *International Organization* 44: 3, 283–315.
- Ikenberry, G. John/Slaughter, Anne-Marie* 2007: A World of Liberty under Law, in: *Global Asia* 2: 1, 112–118.
- Jeffrey, Alex* 2007: The Politics of 'Democratization': Lessons from Bosnia and Iraq, in: *Review of International Political Economy* 14: 3, 444–466.
- Jetschke, Anja/Murray, Philomena* 2012: Diffusing Regional Integration: The EU and Southeast Asia, in: *West European Politics* 35: 1, 174–191.
- Kahler, Miles* 2000: Legalization as Strategy: The Asia-Pacific Case, in: *International Organization* 54: 3, 549–571.

- Katanyuu, Ruukun* 2006: Beyond Non-Interference in ASEAN: The Association's Role in Myanmar's National Reconciliation and Democratization, in: *Asian Survey* 46: 6, 825–845.
- Katzenstein, Peter J.* 2005: *A World of Regions: Asia and Europe in the American Empire*, Ithaca.
- Katzenstein, Peter J.* 2012: *Sinicization and the Rise of China: Civilizational Processes Beyond East and West*, London.
- Kelley, Judith* 2004: International Actors on the Domestic Scene: Membership Conditionality and Socialization by International Institutions, in: *International Organization* 58: 3, 425–457.
- Kendzior, Sarah* 2007: Poetry of Witness: Uzbek identity and the response to Andijon, *Central Asian Survey* 26:3, 317–334.
- Lai, Brian/Reiter, Dan* 2000: Democracy, Political Similarity, and International Alliances, 1816-1992, in: *The Journal of Conflict Resolution* 44: 2, 203–227.
- Lanteigne, Marc* 2006: In Medias Res: The Development of the Shanghai Co-operation Organization as a Security Community, in: *Pacific Affairs* 79: 4, 605–622.
- Lawson, Stephanie* 1993: Conceptual Issues in the Comparative Study of Regime Change and Democratization, in: *Comparative Politics* 25: 2, 183–205.
- Legrenzi, Matteo* 2011: *The GCC and the International Relations of the Gulf: Diplomacy, Security and Economic Coordination in a Changing Middle East*, London.
- Levitsky, Steven/Way, Lucan A.* 2010: *Competitive Authoritarianism: Hybrid Regimes after the Cold War*, Cambridge.
- Li, Mingjiang* 2011: Rising from Within: China's Search for a Multilateral World and Its Implications for Sino-US Relations, in: *Global Governance* 17: 3, 331–351.
- Lütz, Susanne* 2007: Policy-Transfer und Policy-Diffusion, in: Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (Hrsg.): *Handbuch Governance: Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder*, Wiesbaden, 132–143.
- Magnette, Paul/Nicolaïdis, Kalypso* 2009: The European Union's Democratic Agenda, in: Telò, Mario (Hrsg.): *The European Union and Global Governance*, London, 43–63.
- Manners, Ian* 2002: Normative Power Europe: A Contradiction in Terms?, in: *Journal of Common Market Studies* 40: 2, 235–258.
- Mansfield, Edward D./Milner, Helen V.* 1999: The New Wave of Regionalism, in: *International Organization* 53: 3, 589–627.
- Mansfield, Edward D./Pevehouse, Jon C.* 2006: Democratization and International Organizations, in: *International Organization* 60: 1, 137–167.
- Mattli, Walter* 1999: *The Logic of Regional Integration: Europe and Beyond*, Cambridge.
- Melvin, Neil J.* 2008: Introduction, in: Melvin, Neil J. (Hrsg.): *Engaging Central Asia: The European Union's New Strategy in the Heart of Eurasia*, Brüssel, 1–8.
- Melvin, Neil/Boonstra, Jos* 2008: *The EU Strategy for Central Asia @ Year One, EUCAM Policy Brief, No. 1.*
- Milner, Helen V./Kubota, Keiko* 2005: Why the Move to Free Trade? Democracy and Trade Policy in the Developing Countries, in: *International Organization* 59: 1, 107–143.

- Mistral, Jacques* 2011: Transatlantic Economic Policy: Co-ordination at a Crossroad: Why it is Badly Needed and How it Would Improve the Work of the G20, in: Secchi, Carlo/Villafranca, Antonio (Hrsg.): *Global Governance and the Role of the EU: Assessing the Future Balance of Power*, Cheltenham, 26–44.
- Mkandawire, Thandike* 2007: 'Good Governance': The Itinerary of an Idea, in: *Development in Practice* 17: 4/5, 679–681.
- Moravcsik, Andrew* 1998: The Choice for Europe: Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht, Ithaca.
- Moravcsik, Andrew* 2000: The Origins of Human Rights Regimes: Democratic Delegation in Postwar Europe, in: *International Organization* 54: 2, 217–252.
- Morini, Mara/Peruzzi, Roberto/Poletti, Arlo* (2010): Eastern Giants: The EU in the eyes of Russia and China, in: Lucarelli, Sonia /Fioramonti, Lorenzo (Hrsg.): *External Perceptions of the European Union as a Global Actor*, London, 32–51.
- Nanda, Ved P.* 2006: The 'Good Governance' Concept Revisited, in: *Annals of the American Academy of Political and Social Science* 603, 269–283.
- Norling, Nicklas/Swanström, Niklas* 2007: The Shanghai Cooperation Organization, trade, and the roles of Iran, India and Pakistan, in: *Central Asian Survey* 26: 3, 429–444.
- OSCE 2010: *Election Observation Handbook*, Warschau.
- OSCE 2012a: Russian Federation Presidential Election 4 March 2012: OSCE/ODIHR Election Observation Mission Final Report, OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights, in: <http://www.osce.org/odihr/9046>; 30. September 2012.
- OSCE 2012b: Republic of Kazakhstan Early Parliamentary Elections 15 January 2012: OSCE/ODIHR Election Observation Mission Final Report, OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights, in: <http://www.osce.org/odihr/elections/89401>; 30. September 2012.
- Perlmutter, Amos* 1981: *Modern Authoritarianism: A Comparative Institutional Analysis*, New Haven.
- Pevehouse, Jon C.* 2003: Democratization, Credible Commitments, and Joining International Organizations, in: Drezner, Daniel W. (Hrsg.): *Locating the Proper Authorities: The Interaction of Domestic and International Institutions*, Ann Arbor, 25–48.
- Pevehouse, Jon/Russett, Bruce* 2006: Democratic International Governmental Organizations Promote Peace, in: *International Organization* 60: 4, 969–1000.
- Putnam, Robert D.* 1988: The Logic of Two-Level Games, in: *International Organization* 42: 3, 427–460.
- Riggirozzi, Pía* 2012: Region, Regionness and Regionalism in Latin America: Towards a New Synthesis, in: *New Political Economy* 17: 4, 421–443.
- Rosamond, Ben* 2008: Rethinking Classical Integration Theory, in: Cooper, Andrew F./Hughes, Christopher W./De Lombaerde, Philippe (Hrsg.): *Regionalisation and Global Governance: The Taming of Globalisation?*, London, 80–95.
- Santa-Cruz, Arturo* 2005: Constitutional Structures, Sovereignty, and the Emergence of Norms: The Case of International Election Monitoring, in: *International Organization* 59: 3, 663–693.

- Sbragia, Alberta* 2008: Review Article: Comparative Regionalism: What Might It Be?, in: *Journal of Common Market Studies* 46: 1, 29–49.
- Sbragia, Alberta M.* 2002: Building Markets and Comparative Regionalism: Governance Beyond the Nation-State, in: Jachtenfuchs, Markus/Knodt, Michèle (Hrsg.): *Regieren in internationalen Institutionen*, Opladen, 235–254.
- Schimmelfennig, Frank* 2009: Europeanization beyond Europe, in: *Living Reviews in European Governance* 4: 3, 5–28.
- Schimmelfennig, Frank/Sedelmeier, Ulrich* 2004: Governance by Conditionality: EU rule transfer to the candidate countries of Central and Eastern Europe, in: *Journal of European Public Policy* 11: 4, 661–679.
- Schimmelfennig, Frank/Enger, Stefan/Knobel, Heiko* 2005: The Impact of EU Political Conditionality, in: Schimmelfennig, Frank/Sedelmeier, Ulrich (Hrsg.): *The Europeanization of Central and Eastern Europe*, Ithaca, 29–50.
- Schmitter, Philippe C./Karl, Terry Lynn* 1991: What Democracy Is ...and Is Not, in: *Journal of Democracy* 2: 3, 75–88.
- Schmucker, Claudia/Gnath, Katharina* 2011: From the G8 to the G-20: Reforming the Global Economic Governance System, *European Yearbook of International Economic Law*, Vol. 2, Berlin, 389–402.
- Sharpe, Samuel* 2003: An ASEAN Way to Security Cooperation in Southeast Asia?, in: *The Pacific Review* 16: 2, 231–250.
- Sheives, Kevin* 2006: China Turns West: Beijing's Contemporary Strategy Towards Central Asia, in: *Pacific Affairs* 79: 2, 205–224.
- Shipan, Charles R./Volden, Craig* 2008: The Mechanisms of Policy Diffusion, in: *American Journal of Political Science* 52: 4, 840–857.
- Simmons, Beth A./Dobbin, Frank/Garrett, Geoffrey* (2006): Introduction: The International Diffusion of Liberalism, in: *International Organization* 60: 4, 781–810.
- Söderbaum, Fredrik* 2004: Modes of Regional Governance in Africa: Neoliberalism, Sovereignty Boosting, and Shadow Networks, in: *Global Governance* 10: 4, 419–436.
- Sohn, Injoo* 2011: After Renaissance: China's multilateral offensive in the developing world, in: *European Journal of International Relations* 18: 1, 77–101.
- Stacher, Joshua* 2012: Adaptable Autocrats: Regime Power in Egypt and Syria, Stanford.
- Stiglitz, Joseph E.* 2002: *Globalization and its Discontents*, London.
- Stokke, Hugo* 2000: Modernization without Westernization? Asian Values and Human Rights Discourse in East and West, in: Jacobsen, Michael/Brunn, Ole (Hrsg.): *Human Rights and Asian Values: Contesting National Identities in Cultural Representations in Asia*, Richmond, 134–158.
- Styckow, Petra* 2011: Autoritäre Systeme in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, in: Albrecht, Holger/Frankenberger, Holger/Frech, Siegfried (Hrsg.): *Autoritäre Regime: Herrschaftsmechanismen, Legitimationsstrategien, Persistenz und Wandel*, Schwalbach, 46–73.
- Tolipov, Farkhod* 2006: Multilateralism, Bilateralism and Unilateralism in Fighting Terrorism in the SCO Area, in: *China and Eurasia Forum Quarterly* 4: 2, 153–169.

- Warkotsch, Alexander* 2007: The OSCE as an Agent of Socialisation? International Norm Dynamics and Political Change in Central Asia, in: *Europe-Asia Studies* 59: 5, 829–846.
- Wintrobe, Ronald* 1998: *The Political Economy of Dictatorship*, Cambridge.
- Wirminghaus, Niklas* 2012: Ephemeral Regionalism: The Proliferation of (Failed) Regional Integration Initiatives in Post-Soviet Eurasia, in: Börzel, Tanja A./Goltermann, Lukas/Lohaus, Mathis/Streibinger, Kai (Hrsg.): *Roads to Regionalism: Genesis, Design, and Effects of Regional Organizations*, Farnham, 25–44.
- Wong, Edward* 2011: For Putin, a Peace Prize for a Decision to Go to War, *New York Times* [online], 15. November 2011, in: http://www.nytimes.com/2011/11/16/world/asia/chinas-confucius-prize-awarded-to-vladimir-putin.html?_r=3&hp; 24. September 2012.
- Wysling, Andreas* 2011: Konfuzius-Friedenspreis für Putin: Mit Krieg gegen Terroristen zur Stabilität, *Neue Zürcher Zeitung* [online], 9. Dezember 2011, in: <http://www.nzz.ch/aktuell/panorama/konfuzius-friedenspreis-fuer-putin-1.13575087>; 24. September 2012.
- Zhovtis, Eugheniy* 2008: Democratisation and Human Rights in Central Asia: Problems, Development Prospects and the Role of the International Community, in: Melvin, Neil J. (Hrsg.): *Engaging Central Asia: The European Union's New Strategy in the Heart of Eurasia*, Brüssel, 20–42.
- Zhuangzhi, Sun* 2004: New and Old Regionalism: The Shanghai Cooperation Organization and Sino-Central Asian Relations, in: *The Review of International Affairs* 3: 4, 600–612.

Offizielle Dokumente

- ASEAN 2005: Memorandum of Understanding between the Secretariat of the Association of Southeast Asian Nations (ASEAN Secretariat) and the Secretariat of the Shanghai Cooperation Organization (SCO Secretariat), 21. April 2005, in: www.aseansec.org/ASEAN-SCO-MOU.pdf; 24. September 2012.
- EU 2005: The European Union Counter-Terrorism Strategy, 30. November 2005, in: <http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/05/st14/st14469-re04.en05.pdf>; 24. September 2012.
- SCO 2001a: Shanghai Convention on Combating Terrorism, Separatism and Extremism, 15. Juni 2001, in: http://www.ecrats.com/en/normative_documents/2005; 24. September 2012.
- SCO 2001b: Declaration on the Establishment of the Shanghai Cooperation Organization, 15. Juni 2001, in: http://www.ecrats.com/en/normative_documents/2006; 24. September 2012.
- SCO 2004: The Regulations on Observer Status at the Shanghai Cooperation Organization, 24. April 2004, in: <http://www.sectsco.org/EN/show.asp?id=65>; 24. September 2012.

- SCO 2007: Bishkek Declaration of the Heads of the Member States of the Shanghai Cooperation Organisation, 16. August 2007, in: www.sectsko.org/EN/show.asp?id=92; 28. September 2012.
- SCO 2008: The Development of SCO's Links with International Organisations in 2007-2008, 31. Dezember 2008, in: <http://www.sectsko.org/EN/show.asp?id=120>; 24. September 2012.
- SCO 2009: Statement by the Shanghai Cooperation Organization Member States and the Islamic Republic of Afghanistan on Combating Terrorism, Illicit Drug Trafficking and Organized Crime, 27. März 2009, in: <http://www.sectsko.org/EN/show.asp?id=100>; 24. September 2012.
- SCO 2011a: Joint Communiqué of Meeting of the Council of the Heads of the Member States of the Shanghai Cooperation Organisation Commemorating the 10th Anniversary of the SCO, 15. Juni 2011, in: <http://www.sectsko.org/EN123/show.asp?id=293>; 26. Februar 2013.
- SCO 2011b: SCO Heads of Government Council Meeting Held in Saint Petersburg, 07. November 2011, in: <http://www.sectsko.org/EN123/show.asp?id=312>; 26. Februar 2013.
- SCO 2011c: Dialogue Partners: Belarus, in: <http://www.sectsko.org/EN/Belarus.asp>; 30. September 2012.
- SCO 2012a: Statement by SCO Observer Mission on Preparation and Conduct of Parliamentary Election in Kazakhstan, 16. Januar 2012, in: <http://www.sectsko.org/EN/show.asp?id=315>; 24. September 2012.
- SCO 2012b: Statement by SCO Observer Mission on Preparation and Conduct of Presidential Election in Russia, 06. März 2012, in: <http://www.sectsko.org/EN/show.asp?id=314>; 24. September 2012.
- UN 2005: Speech by Secretary-General of the Shanghai Cooperation Organisation Zhang Deguang at the 60th High-Level Plenary Meeting of the United Nations General Assembly, New York, 16. September 2005, in: <http://www.un.org/webcast/summit2005/statements16/shangcoop050916eng.pdf>; 24. September 2012.
- UN 2010: Cooperation between UN, Shanghai Cooperation Organization Dynamically Expanding, in Shared Quest for Peace, Prosperity, Says Secretary-General, in Message, 11. Juni 2010, in: <http://www.un.org/News/Press/docs/2010/sgsm12953.doc.htm>; 24. September 2012.
- UN 2011: Secretary-General Praises Shanghai Cooperation Organization's Commitment to Fighting Drug-trafficking, Terrorism, in Message to Heads of State, 15. Juni 2011, in: <http://www.un.org/News/Press/docs/2011/sgsm13646.doc.htm>; 24. September 2012.

Berliner Arbeitspapiere zur Europäischen Integration

Berlin Working Paper on European Integration

- 1** Tanja A. Börzel: European Governance. Verhandlungen und Wettbewerb im Schatten der Hierarchie, April 2007
- 2** Franziska Süllke: Young People and Active European Citizenship. Strengthening Opportunities for Citizenship Education on a Local Level. Examples from Practice under Difficult Conditions, Mai 2007
- 3** Sabine von Oppeln: Das Europäische Sozialmodell. Bilanz und Perspektiven, September 2007
- 4** Diana Panke: Why the ECJ Restores Compliance Faster in Some Cases Than in Others. Comparing Germany and the UK, Oktober 2007
- 5** Osvaldo Saldías: Supranational Courts as Engines of Disintegration. The Case of the Andean Community, November 2007
- 6** Jana Katharina Grabowsky: Mehr als Wirtschaft. Der Beitrag des Airbusprojekts zur europäischen Identität, November 2007
- 7** Tanja A. Börzel, Yasemin Pamuk, Andreas Stahn: Good Governance in the European Union, Januar 2008
- 8** Martin Humburg: The Open Method of Coordination and Integration. The Example of European Education Policy, Juni 2008
- 9** Vera van Hüllen: Transnationalising Euro-Mediterranean Relations. The Euro-Mediterranean Human Rights Network as an Intermediary Actor, November 2008
- 10** Claudio Franzius: Warum Governance?, Februar 2009
- 11** Tanja A. Börzel and Thomas Risse: Venus Approaching Mars? The European Union as an Emerging Civilian World Power, April 2009
- 12** Julian Schwartzkopff: Splendid Isolation? The Influence of Interest Groups on EU Trade Policy, August 2009
- 13** Tanja A. Börzel, Tobias Hofmann, Diana Panke: Opinions, Referrals, and Judgments: Analyzing Longitudinal Patterns of Non-Compliance, September 2009

- 14 Andrei Avram: Promoting Good Governance in the Republic of Moldova: The Approach of the European Union, March 2010
- 15 Tanja A. Börzel and Moritz Knoll: Quantifying Non-Compliance in the EU. A Database on EU-Infringement Proceedings, November 2012
- 16 Tanja A. Börzel: EU-Staatlichkeit – wie viel und wozu?, März 2013
- 17 Claudio Franzius: Demokratisierung der Europäischen Union, März 2013
- 18 Maria Haimerl: In Search of Legitimacy in Times of Crisis, April 2013
- 19 Sebastian Schneider: Legitimitäts- statt Governancetransfer? Regionale Organisationen autoritärer Regime am Beispiel der Shanghaier Organisationen für Zusammenarbeit in Zentralasien, Mai 2013